

Wolfszettel

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zloty. Anzeigen unter Text 0,60 Zloty. von außerhalb 0,80 Zloty. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 12. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postkontonummer B. R. O., Filiale Kattowitz, 300174. Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz Nr. 2097; für die Redaktion Nr. 2004

Die Wirtschaft gegen Slawek

Die Kabinettsbildung schreitet fort — Versuche, Slawek vom Premier zu verdrängen — Pilsudski restlos für Slawek — Gerüchte um die Auslandsberufung des Marschalls

Lardieu und seine Opposition

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, Anfang Dezember 1930.

Die Opposition in der Kammer, deren Hauptführer die Radikale und die Sozialistische Partei ist, macht es dem Ministerpräsidenten Andreé Lardieu gewiss nicht leicht. In der letzten Woche war es ihr sogar gelungen, ganz entscheidende Triumphe über Lardieu und seine Mehrheit zu erzielen. Sie hat es immerhin durchsetzen können, die Einheit im Kabinett zu zerstören und den Justizminister Racadé Peret zur Demission zu zwingen. Linksrepublikanisten haben in diesem Moment schon das ganze Kabinett als erledigt an. Es kam hinzu, daß gewisse Manifestationen des neuen Justizministers Chéron selbst bei der Regierungsmehrheit nicht immer vollen Beifall fanden und daß weiterhin verschiedene Mitglieder der oft unfröhlichen „Linksrepublikanischen Partei“, zu der der frühere Minister Loucheur gehört, dem Kabinett, das auf ihre Unterstützung manchmal direkt angewiesen ist, plötzlich bei einigen Bestimmungen untreu wurden.

Aber in dieser letzten Woche konnte Lardieu wieder erfolgreich auftreten. Zuerst schickte er seinen Finanzminister Paul Reynaud vor, der einen großartigen Plan der nationalen Ausrüstung vorlegte, der Finanzlage, der Wirtschaftstätigkeit, der Steuereingänge, der Schaffung des elektrischen Lichts auf dem Lande, neuer Kanalisierungsanlagen u. s. w. Das Projekt steht vor, daß die Gemeinden zur Durchführung dieser verschiedenen Arbeiten Vorschüsse von der Regierung erhalten.

Weiterhin hat sich dann Lardieu mit verschiedenen großen französischen Wirtschaftsverbänden ins Benehmen gesetzt, und da sein bei Übernahme der Regierung einst ausgesprochener Satz, er werde dem Lande Wohlstand bringen, er so stark von der Opposition ironisiert wurde wie in diesen Tagen der andauernden Bankkrise, so machte Lardieu jetzt darauf aufmerksam, Wohlstand bedeute Arbeit, Ausdauer, Mut.

Diese Angelegenheit der Bankzusammenbrüche war für die Regierung durchaus nicht ungefährlich. Die Opposition verlange sofort die Einsetzung einer Untersuchungskommission, die auch darüber zu entscheiden habe, welche Parlamentarier sich durch die Zahlungseinstellung der Bank Adam aus Boulogne kompromittiert hätten. Lardieu erklärte zunächst kategorisch, daß er die Einsetzung einer solchen Kommission nicht gutheißen könne, aber schon 24 Stunden später mußte er nachgeben, da ihm seine eigene Mehrheit hierbei nicht folgte.

Immerhin hat Lardieu jetzt die große Genugtuung erreicht zu haben, daß 22 von den 33 Mitgliedern der Untersuchungskommission seiner parlamentarischen Mehrheit angehören. Die Opposition hatte aus dieser Kommission einen Sturmbock gegen die Regierung machen wollen, aber sie hat dies leider absolut nicht erreicht. Daher ist jetzt von dieser Kommission ohnehin nicht viel zu erwarten. Man hätte es bequemer gehabt, erst gar keine Kommission zu ernennen. „Deuvre“ führt alle auf, die vor die Untersuchungskommission zitiert werden müßten:

Alle, die von den Kanonenfabriken Geld bekommen, damit sie unter der Maske des Patriotismus eine gutgehende Industrie verteidigen.

Alle, die durch Getreidespekulationen das Brot verteuern oder den Ruin des Bauern herbeiführen.

Alle, die auf Briefpapier mit dem Briefkopf „Kammerabgeordneter“ Handelsprodukte empfehlen.

Alle, die einen besonderen Vorteil oder eine Belohnung für einen bekannten einflussreichen Wähler erbeten haben.

Alle, die — — —

Und das „Deuvre“ fügt als Schlussfolgerung hinzu:

„Danach wird das Land im Jahre 1932 bei den Neuwahlen reif dafür sein, solche Wahlen zu haben, wie Deutschland sie am 14. September hatte. Das wird das, wenn auch ungerechte, aber klare Resultat der Pökerpartei sein, die augenblicklich zwischen der Regierung und der Opposition gespielt wird.“ Kurt Lenig.

Trofski nicht in Oslo

Das Ganze ein Studententum.

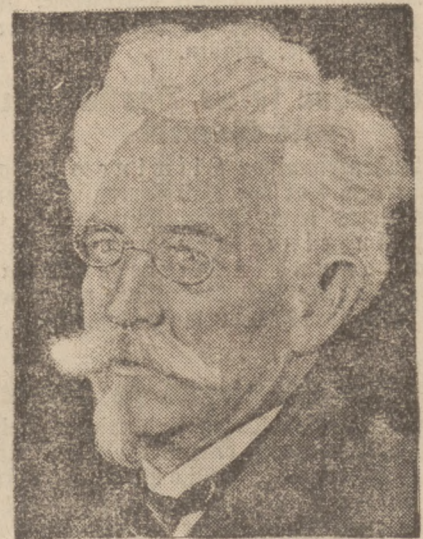
Oslo. Zu der Meldung, daß Trofski in Oslo eingetroffen sei wird mitgeteilt, daß sich diese vermeintliche Sensation als Akt verkleideter Studenten entpuppt hat.

Warschau. Während die Oppositionspretze immer noch die Gerüchte verbreitet, daß gewisse Wirtschaftskreise sich gegen eine Premierchaft des Obersten Slawek wenden und auf den Staatspräsidenten Einfluß gewinnen wollen, um Slawek zu veranlassen, den Ministerpräsidentenposten auf eine geeignetere Persönlichkeit zu übertragen, konzentriert Slawek mit seinen nächsten Mitarbeitern und hofft, im Laufe des Mittwochs sein Kabinett zu formieren. Im Zusammenhang mit diesen Gerüchten fand Dienstag eine längere Konferenz Slaweks mit dem Marschall Patti, auf welcher angeblich alle Richtlinien, bezüglich der neuen Regierung festgelegt wurden, die Konferenz soll am Mittwoch fortgesetzt werden und von ihr hängt die Entscheidung ab. Schon heute kann gesagt werden, daß der Marschall Slawek auf keinen Fall wird abtreten lassen, sondern ihn als Premier designiert.

Oberst Slawek selbst hatte Dienstag eine längere Konferenz mit dem Obersten Beck und daraufhin mit den bisherigen Ministern Staniewicz, Car und Kuchn, welche in seinen Privaträumen stattfand. Nach Lage der Dinge scheint die Opposition innerhalb des Regierungsblochs gegen Slawek zu wachsen, in dessen ist nicht anzunehmen, daß heute schon ihr Einfluß so groß sei, daß sie auch an den Plänen des Marschalls etwas ändern könnte und dieser ist, wie schon hervorgehoben, für Slawek als seinen Vertreter während der Auslandsreise.

Die Gerüchte über die Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung haben auch dazu beigetragen, daß die Reise des Marschalls um einige Tage verschoben worden ist. Wie es heißt, wird der Marschall nicht vor der Sejmöffnung Polen verlassen und dahingehend sind auch die Anordnungen bei der Eisenbahn getroffen worden.

Dienstag abend wurde auch das Gerücht verbreitet, daß sich gegen den ehemaligen Premier Switalski, der Senatmarschall werden soll, eine Strömung geltend macht, die an seine Stelle den Justizminister Car setzen will. Man wird gut tun, diese Nachrichten als nichts mehr, wie als Wünsche und frohe Hoff-



Adolph Hoffmann †

Der bekannte sozialdemokratische Abgeordnete Adolph Hoffmann — als „Zehn-Gebote-Hoffmann“ eine der populärsten Erscheinungen des politischen Deutschlands — ist in der Nacht zum 2. Dezember im Alter von 72 Jahren an den Folgen einer Grippe gestorben.

nungen, gewisser Kreise zu bezeichnen. Der Marschall entscheidet und damit Schluß. Aber bezeichnend ist immerhin der Umstand, daß bei einem so starken und angeblich einheitlichen Regierungslager, diese Gerüchte kolportiert werden können und aufkommen.

Nationalistischer Kurs der deutschen Außenpolitik?

Entschlieungen des Auswärtigen Ausschusses — Gegen die polnischen Gewalttate und das Liquidationsabkommen — Für Abberufung der deutschen Abrüstungsvertreter

Die „deutsche Ohnmacht“

London. „Die deutsche Ohnmacht“, so heißt es im „Manchester Guardian“, sei seit den Tagen der Ruhrbesetzung noch niemals so klar zutage getreten, wie jetzt. Ueber den furchtbaren Charakter der polnischen Ausschreitungen könne kein Zweifel mehr bestehen. Besserung sei nicht zu erwarten; im Gegenteil hätten die furchtbaren Leiden der Ukrainer gezeigt, wie sehr die Minderheiten unterdrückt wurden und wie ohnmächtig der Völkerbund dabei sei. Hinzu käme das völlige Versagen in der Abrüstungsfrage. Das seien die Gefahren, die die deutsche Zivilisation bedrohten. Ob der Sturz der Regierung Brüning weiter hinausgeschoben werden könne, hänge nicht nur von der Entscheidung der deutschen Außenpolitik und der Arbeitslosigkeit ab, sondern auch von der Völkerversammlung im Januar. Denn wenn dem Versagen in der Abrüstungsfrage auch ein Beschlußlag in der Angelegenheit der Minderheiten folgen würde, seien die Aussichten wirklich sehr schwach. Man dürfe sich daher nicht wundern, wenn die Nationalsozialisten immer weiter an Stärke und Zulauf gewännen.

Inhalt der nationalen Berührung

Versammlungs- und Demonstrationsverbot für Oberschlesien

Oppeln. Der Regierungspräsident von Oppeln hat eine Bekanntmachung erlassen, in der es u. a. heißt: Die Vorgänge der letzten Zeit haben in weitesten Kreisen der Bevölkerung Oberschlesiens lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Die Beunruhigung der Bevölkerung und die Spannung zwischen den Anhänger verschiedener politischer Parteien wird noch verschärft, wenn von einzelnen politischen Organisationen Demonstrationen oder Versammlungen unter freiem Himmel veranstaltet werden, die unter diesen Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten. Auf Grund der Bestimmungen des allgemeinen Landesrechts und der Reichsverfassung werden daher alle Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich aller Umzüge für das Gebiet des Regierungsbezirks Oppeln (Oberschlesien) bis auf weiteres mit sofortiger Wirkung verboten.

Berlin. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages nahm mehrere Entschlieungen zu den Vorgängen bei den polnischen Wahlen an. In einer Entschlieung der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei mit Zusätzen der Deutschnationalen gibt der Ausschuss seiner Empörung über die Gewalttate Ausdruck, die von Polen aus Anlaß der letzten Wahlen unter Verstoß von Recht und Vertrag gegen die deutsche Minderheit verübt worden sind. Die deutsche Minderheit sei ein Gefühl vollkommener Rechts- und Schutzlosigkeit verfehlt worden. Die Vorgänge seien umso ernster, als sie nur ein Glied in der langen Kette von Vorgängen seien, die klar ein auf die Vertilgung, Verdrängung und Vernichtung der Minderheit gerichtetes politisches System erkennen ließen. Der Ausschuss halte den Beweis für erbracht, daß eine solche offene Verdrängung nur mit stillschweigender Billigung und Ermutigung seitens der polnischen Behörden möglich war.

Von der Reichsregierung werden Maßnahmen erwartet, um die Polen zur Aenderung ihres Kurses zu zwingen, die Bestrafung der Schuldigen herbeizuführen und den geschädigten Minderheitsangehörigen eine angemessene Entschädigung zu verschaffen. Sodann nahm der Ausschuss Entschlieungen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und des Landvolkes an, in denen u. a. die Regierung ersucht wird, die Ratifikation des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens nicht zu vollziehen und alle Verhandlungen mit Polen über den Abschluß eines Handelsvertrages oder sonstiger Abkommen unverzüglich abzubrechen. Darüber hinaus soll die Regierung unverzüglich auch die Aufhebung des Reichstagsbeschlusses beantragen, durch den dem Liquidationsabkommen zugestimmt wurde. Endlich nahm der Auswärtige Ausschuss eine nationalsozialistische Entschlieung an, die die Reichsregierung ersucht, auf Grund der vom Vertreter der deutschen Republik selbst festgestellten Weigerung der Mehrzahl der Teilnehmer des vorbereitenden Abrüstungsausschusses ihren Abrüstungspersonifikationen nachzukommen, die deutsche Vertretung aus Genf sofort zurückzuberufen und nur einen Beobachter dort zu belassen.

Stimson gegen die französische Stimmungsmache

Neuport. Die von einigen verantwortungslosen Bericht-erstattem verbreiteten, offensichtlich auf französische Quellen zurückgehende Gerüchte, daß in Paris durch Vermittlung des Gouverneurs der Federal Reserve Bank New York Harrison weitgehende kreditpolitische Vereinbarungen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich getroffen worden seien, erregten hier ein solches Aufsehen, daß sich Staatssekretär Stimson veranlaßt sah, mit einem ungewöhnlich scharfen Dementi an die Öffentlichkeit zu treten. Die Pariser Meldungen wollten wissen, daß Frankreich und die Vereinigten Staaten sich geeinigt hätten, keinerlei Auslandskredite zu vergeben, wenn diese offenbar Rüstungszwecken dienen sollten. Stimson trat dieser Behauptung mit stärkstem Nachdruck entgegen und erklärte, daß die Gerüchte völlig aus der Luft gegriffen seien.

Die Gerüchte, daß die Washingtoner Regierung sich den angeblichen Bemühungen des italienischen Finanzministers, einen Kredit in Höhe von 150 Millionen Dollar für Italien aufzubringen, widersetzt habe, wurde von Stimson gleichfalls in das Reich der Fabel verwiesen.

Wieder ein Mazedoniermord in Sofia

Sofia. Am Dienstag nachmittag wurde der mazedonische Schriftsteller Naum Tomalevski, der Anhänger Protogeroff's und Mitglied des ehemaligen Auslandskomitees der Imro war, erschossen. Er arbeitete im Garten seines Hauses, das in einem Außenviertel von Sofia liegt, als zwei Männer mit Karabinern ihn durch den Gartenzaun mit mehreren Schüssen in den Kopf niederstreckten. Ein zu seiner Hilfe herbeieilender Wächter wurde ebenfalls schwer verwundet. Darauf warfen die beiden Mörder ihre Karabiner, Hüte und Mäntel weg und ergriffen die Flucht. Obwohl sie mit Revolvern auf die sie verfolgenden Polizisten schossen, wurden sie festgenommen. Als sich auf die Schiffe hin eine große Menschenmenge ansammelte, erklärten die Freunde des Ermordeten, daß die Schuld an der Bluttat weniger den gegnerischen Führer der Imro, Mihailoff treffe, als die Regierung Vaptschew, die keine ernstlichen Schritte gegen die fortbauenden mazedonischen Racheakte unternahme. Mit Tomalevski ist der bedeutendste Anhänger Protogeroff's der „faschistischen Demokratie“ zum Opfer gefallen.

Litwinow über seine Verhandlungen mit Grandi

Kowno. Außenkommissar Litwinow betonte in seinem Bericht vor dem Rat der Volkskommissare der Sowjetunion, daß besonders seine Verhandlungen mit Grandi als Grundstein einer neuen Sowjetpolitik auf dem Balkan und in Mitteleuropa zu beurteilen seien. Der Rat der Volkskommissare nahm den Bericht zur Kenntnis und sprach dem Außenkommissar das Vertrauen aus.

Neue Verhaftungen in Italien

Rom. In den letzten Tagen sind wieder mehrere Intellektuelle verhaftet worden, darunter ein Mitarbeiter der früheren liberalen Zeitung „Il Mondo“, und einer seiner Freunde, der ebenfalls Beziehungen zur liberalen Presse unterhielt. Bis zum Abschluß der Untersuchung bewahren die amtlichen Stellen nach wie vor Stillschweigen über diese Vorgänge und über die Gründe dazu.

Gegen Brüning

Die Nationalsozialisten fordern sofortige Aufhebung der Notverordnung.

Berlin. Im Reichstag hat die Nationalsozialistische Fraktion einen Antrag eingebracht, in dem die sofortige Außerkraftsetzung der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 verlangt wird.

Keine Einigung im schottischen Bergarbeiterstreik

London. Der Bergbauminister Shinwell bestätigte im Unterhaus, daß sämtliche Kohlenbergwerke in England und Wales arbeiten. In Schottland, wo nur 18 v. H. der Belegschaft eingezogen sind, liegen alle Bezirke mit Ausnahme von Ayrshire so gut wie still. Nachdem der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, Coof, den schottischen Gewerkschaften geraten hatte, ein vorläufiges täglich kündbares Abkommen zu erzielen, verhandelten Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor dem neuen Schlichtungsausschuß. Es gelang jedoch nicht, eine Einigung zu erzielen.



Die Urteilsverkündung im Frenzel-Prozess

Der Angeklagte Frenzel mit seinem Verteidiger (links) in Erwartung des Urteils.

Die Berufsverhandlung in dem Prozess gegen den früheren Amtsvorsteher Arthur Frenzel ging am Montag in Potsdam zu Ende. Das Gericht sprach den Angeklagten schuldig und verurteilte ihn zu einer Zuchthausstrafe. Bei der Verkündung des Urteils spielten sich beispiellose Tumulten im Gerichtssaal ab.

Die Kabinettsbildung in Wien gescheitert

Die Christlich-Sozialen sprengen das Kabinett Ender-Schober — Sie wollen nicht von der Futterkrippe Der Bürgerblock gegen den Marxismus unmöglich

Wien. Die Verhandlungen über die Bildung der Regierung, die in den Abendstunden schon vor einem Abschluß standen, sind vor 22 Uhr wider Erwarten gescheitert. Die Christlich-Sozialen Unterhändler erklärten den Vorschlag des nationalen Wirtschaftsblocks nicht annehmen zu können, daß die Generaldirektion für das Sicherheitswesen aus dem Innenministerium herausgenommen und Vizelangler Schober unterstellt werde. Der mit der Bildung des Kabinetts betraute Dr. Ender erklärte den Unterhändlern, daß er auf diese Streitfrage noch einmal zurückkommen werde und begab sich zum Bundespräsidenten, um über die Verhandlungen Bericht zu erstatten.

Wien. Das unerwartete Scheitern der Verhandlungen über die Regierungsbildung hat seine Rückwirkung auch auf die Fortsetzung der Konstituierung des Nationalrates, da die Präsidentenfrage nicht geklärt werden kann.

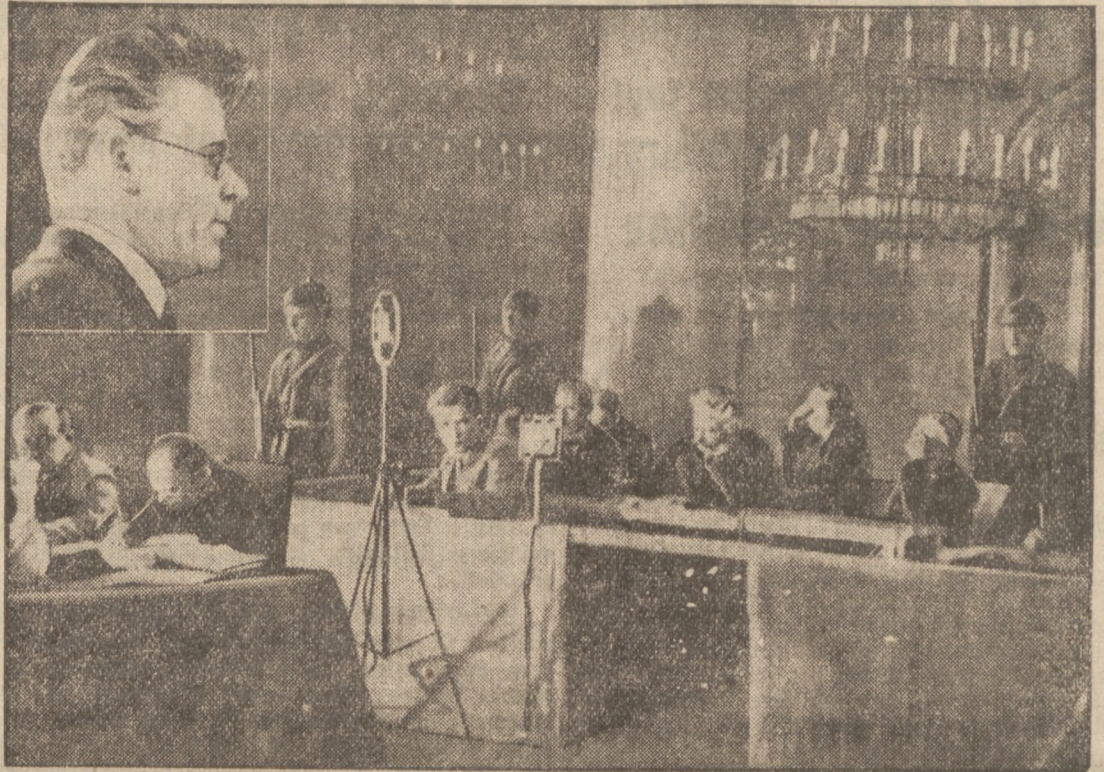
In parlamentarischen Kreisen wird der plötzliche Umschwung auf die Einwirkung des äußersten rechten Flügels der Christlich-Sozialen zurückgeführt, der sich schon über die Ausschaltung des Heimatblocks aus der Regierungsmehrheit verstimmt zeigte. Ganzlich untragbar sei der Rechten erschienen, daß nun auch die Agenten des Sicherheitswesens, Schober als neuen Vizelangler

unterziehen sollten und so die Aushebung der von der Regierung Baugoin eingeführten Neuerungen möglich wäre. Es gewänne damit der herzliche Händedruck, mit dem Seipel beim Einzug der Heimwehren in den Sitzungssaal des Parlaments den Bundesführer Starhemberg begrüßte, besondere Bedeutung.

Von Seiten des nationalen Wirtschaftsblocks wird hervorgehoben, daß der Abänderungsvorschlag vom Landbund selbst ausgegangen sei, dem das Innenministerium zugehört war.

Ueber die weiteren Möglichkeiten sagt die Verlautbarung der Christlich-Sozialen. Die Christlich-Soziale Partei wird ihre Haltung so einrichten, daß sie das Ihrige dazu beitragen wird, um eine aktionsfähige Regierung zu ermöglichen, welche die Staatsautorität ernstlich aufrecht erhalten und jene Maßnahmen durchzuführen kann, die im Interesse der Wirtschaft gegenwärtig notwendig sind. Sie überläßt es aber auch den anderen Parteien, die berufen wären, mit ihr zusammenzuwirken, an der Schaffung der Voraussetzungen hierfür mitzuarbeiten.

Es erscheint somit hier die Möglichkeit einer Fortsetzung der Verhandlungen geboten, wie es ja auch Landeshaupmann Ender ausgesprochen hat. Ueber einen Termin solcher Verhandlungen ist jedoch noch nicht gesprochen worden.



Moskau klagt an

Die Verhandlung gegen die russischen Ingenieure in Moskau. — Oben links: Der Hauptangeklagte Prof. Kamjin. Der Sabotageprozess gegen die russische „Industriepartei“ wird in Moskau unter Anwesenheit beinahe aller ausländischen Vertretungen verhandelt. Die Anklage richtet sich über die Personen der angeklagten Ingenieure hinweg eigentlich gegen die antirussische Politik Frankreichs.

Amerika leidet unter den Wirtschaftsnöten

Der Dank kommt von außerhalb — Hoffnungen auf Überwindung — Die Botschaft Hoovers an den Kongress

Neuport. Am Dienstag wurde auf der gemeinsamen Sitzung des amerikanischen Senats und des Repräsentantenhauses die Botschaft des Präsidenten Hoover an den Kongress vorgelesen.

Im ersten Teil der Botschaft weist Präsident Hoover auf die Wirtschaftsnöte des Landes hin, für die er das heimgangslose Spekulationsfieber im vorigen Jahre, die allgemeine Ueberproduktion an Rohstoffen, den Preissturz an allen Warenmärkten, die verminderte Kaufkraft, die große Arbeitslosigkeit, die politische Unruhe in vielen Ländern Asiens, Südamerikas und Europas, ferner die steigende Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Rußland, die Dumpingverkäufe der Sowjetunion und schließlich die Direktatatsrophe in Amerika verantwortlich macht. Die Hauptgründe der Wirtschaftsdpression seien jedenfalls außerhalb der Vereinigten Staaten zu suchen. Amerika könne der Zukunft vertrauensvoll entgegen sehen. Als Land, das sich in hohem Maße selbst erhalte, werde es die äußeren Einflüsse überwinden können. Wirtschaftsdpressionen seien nicht durch gesetzgeberische Maßnahmen behebbar, sondern durch Selbstvertrauen der Bevölkerung, die Zusammenarbeit der Erzeuger und Verbraucher, eine Verbesserung der Geschäftsmethoden und die aktive Beteiligung der Staaten und Gemeinden bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Regierung habe im laufenden Haushaltsjahr bereits 520 Millionen Dollar für öffentliche Arbeiten bewilligt und sie werde den Kongress um die weitere Bewilligung von etwa 100 bis 150 Millionen Dollar ersuchen.

Finanzpolitisch mahnte Hoover zu äußerster Sparsamkeit, da im amerikanischen Bundeshaushalt statt des veranschlagten Ueberschusses von 123 Millionen Dollar ein Fehlbetrag von 180 Millionen Dollar zu erwarten sei.

Auch das faschistische Italien wendet sich an Kreuger

Auslieferung des Zündholzmonopols gegen eine Staatsanleihe. Rom. Der Zündholzindustrielle Kreuger ist in Rom eingetroffen, um hier, wie es heißt, Abmachungen über ein Zündholzmonopol zur Grundlage für eine große Staatsanleihe Italiens zu treffen. Das italienische Zündholzmonopol ist nicht ganz in den Händen des Staates wie das Tabakmonopol. Es befindet sich im Besitze einer privaten Aktiengesellschaft, die an den italienischen Staat jährlich eine bestimmte Summe zu zahlen hat. Kreuger ist an dieser privaten Aktiengesellschaft seit langem beteiligt.

Gemeindewahl in Wiener Neustadt

Stimmengewinn der Sozialdemokraten seit dem 9. November aber Mandatsverlust.

Wien. Die Gemeindewahlen in dem Industriort Wiener Neustadt ergaben für die Sozialdemokratie bei bisher 29 Mandaten einen Verlust von 2 Sitzen. Die Nationalsozialisten gewannen im Vergleich zu der Nationalratswahl am 9. November 464 Stimmen, während der bürgerliche Mischblock, der als Ständepartei kandidierte, 917 Stimmen verlor. Die Sozialdemokraten gewannen im Vergleich zur Nationalratswahl 363 Stimmen.



Zum 3. Präsidenten des Reichslandbundes gewählt

wurde der Landwirt und Bürgermeister Heinrich Lind aus Nieder-Flörsheim (Kreis Hanau), der zweite Vorsitzende des Kurhessischen Landbundes.

Polnisch-Schlesien

Des Bergmanns Feiertag

Barborka — heimlicher Feiertag, Boll Ernst, Frohsinn, Scherz und Lachen, Da kann ein jeder Feiersicht machen Und sich „beschmettern“, wie er mag.

Es gibt Philister, die drauf schelten, Daß der Kumpel allzu fröhlich ist, Sie wissen nicht, daß er so selten In schwerer Fron mal selig ist.

Schlagende Wetter, tausendfache Gefahren Umdroh'n ihn täglich unter Tage, Was hält' er denn von aller Plage, Würd' ihm „Barborka“ nicht bewahren.

So ist es recht und angebracht, Die Zeit, wenn auch etwas feucht Doch froh zu feiern, wie Guck deucht.

Lang ist der Tiefe finst'rer Schacht Kurz sind des Feiertags laute Stunden, Drum ist man eben recht ungebunden Wenns auch die „Alte“ böse macht.

Ah, liebe Alte, schmolle nicht, Wir wollen noch einen heben, Und bitten, daß des nächsten Festes Schicht Wir alle noch erleben.

Denn der Betrunkene steht ja wieder auf, Die Toten aber bleiben ewig liegen, Drum nehmen wir, was wir noch kriegen Das ist des Kumpels Erdenlauf. m.

Die hl. „Barborka“

Morgen ist der Feiertag der Bergarbeiter. Jedes Jahr am 4. Dezember feiern die Bergarbeiter ihre „Beschützerin“, die hl. Barbara. In Oberschlesien heißt sie populär „Barborka“. Der Beruf des Bergarbeiters ist den größten Gefahren ausgesetzt. Jedes Jahr gehen hunderte von braven Bergarbeitern bei der Ausübung ihres schweren und gefährlichen Berufes zugrunde. Andere erleiden arge Verletzungen und werden zeitweilig Krüppel. Dieses Jahr erforderte besonders zahlreiche Opfer im Bergbau, insbesondere in Deutschland, wo ganze Bergbaugruppen zugrunde gegangen sind. Aber auch bei uns in der Wojewodschaft kommen täglich viele Unglücksfälle auf den Kohlenaruben vor. Die Spitäler sind mit verwundeten Bergarbeitern überfüllt und die große Katastrophe auf den Hillebrandtschächten steht uns allen frisch in Erinnerung. Wenn auch die „Barborka“, die Beschützerin der Bergarbeiter ist und schon seit je her war, so ist sie doch nicht in der Lage gewesen, die großen Gefahren von den Bergarbeitern abzuwenden. Der Profitgier der Kohlenbarone ist es, der vor allem die Hauptschuld an den vielen Unglücksfällen trägt. Die Arbeiter werden zur Arbeit rücksichtslos angetrieben, was man bei uns „Arbeiter-rationalisierung“ nennt. Die Gefahr liegt in dem Produktionsystem, das man schon früher als „Schwihjstern“ bezeichnete. Leider wurde gegen dieses Arbeitssystem bis jetzt noch keine „Beschützerin“ gefunden.

Die „Barborka“ ist einmal die „Schutzpatronin“ der Bergarbeiter in allen Kohlengebieten und sie wird es schon immer bleiben. Es fällt uns nicht ein, an dieser Tradition zu rütteln. Sie soll erhalten bleiben. Der Bergarbeiter soll sein Fest haben und daran festhalten. Er soll es möglichst feierlich begehen, damit alle wissen, daß der Bergmannsberuf ein besonderer Beruf ist, der sich von allen anderen Berufen unterscheidet. Wie die „Barborka“ bei uns in der Wojewodschaft gefeiert wird, das wissen wir bereits. Die Bergknappen werden Umzüge mit Musik in ihrer Bergarbeitertracht veranstalten. Das lassen sie sich nicht nehmen. Sie werden auch durch die Kapitalisten und den Staat „geehrt“, indem die Alten, die ein halbes Leben lang mehrere hundert Meter unter der Erde zugebracht haben, Orden erhalten. Ein Stüdchen verziertes Blech wird ihnen auf die Brust angeheftet, für treue Dienste im „Interesse der Allgemeinheit“. Auf diesen „Lohn“ könnten die Kumpels ganz gut verzichten. Ein höherer Lohn für die schwere und gefährliche Arbeit, die sie geleistet haben, wäre ihnen zweifellos viel lieber als der Orden. Aber man ist in der kapitalistischen Weltordnung anderer Ansicht und verteilt Orden. Lassen wir doch diesen Krempel beiseite, damit er das Fest der Bergarbeiter weiter nicht störe. Das Fest der Bergarbeiter soll nicht getrübt werden, nicht einmal durch die miesliche wirtschaftliche Lage in der Bergbauindustrie und die vielen Feierschichten, die noch immer die Lage des Bergarbeiters erschweren. Am Barborkafest wollen die Bergarbeiter fröhlich gestimmt sein, denn der Tag gehört ihnen. So gut es geht, will sich ein jeder Kumpel amüsieren und fröhlich sein. Unsererseits wünschen wir allen schlesischen Bergarbeitern am Barborkafest ein fröhliches „Glück auf!“

Achtung, Bezirksauschuß der „Arbeiterwohlfahrt“

Durch unvorhergesehene Umstände findet die für Freitag anberaumte Sitzung bereits um 3 Uhr statt.

Neue Passgebühren

Nach einer Bekanntmachung des Innen- und Finanzministeriums, unterliegen die sogenannten Ansiedlungsarten einer Stempelgebühr von 50 Zloty. Derjenige Ausländer, der diese Karte erhält, muß den Nachweis erbringen, daß er bis zum 31. Dezember 1926 auf polnisches Gebiet übergestedt war. Wenn ein Ausländer sich seit dem 1. Januar 1927 in Polen aufhält, und den vorgeschriebenen Antrag auf Ausstellung der Siedlungskarte während des amtlich vorgeschriebenen Termines gestellt hat, braucht nur eine Gebühr von 3 Zloty entrichten. Nach den neuen Vorschriften für die Ausländer, sind zu entrichten: Für ein Aufenthaltswisum mit unbegrenzter Zeit und bis auf

Gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung und für strengste Beachtung von Gesetzen und Verträgen

Tagung des Abandes

Im Saale des Zentralhotels Katowice tagten am Sonntag, den 29. November d. Js., die Vertreter der Ortsgruppen des Allgemeinen freien Angestelltenbundes Polnisch-Oberschlesiens. Der 1. Geschäftsführer des Verbandes, Herr Dorn, referierte über das Thema

„Umwälzung in der Sozial- und Wirtschafts-Politik“.

Ausgehend von den in Deutschland vorgenommenen Lohnkürzungen wies der Referent nach, daß von seiten der Unternehmer beabsichtigt wird, international die Herabsetzung der Beschäftigungskosten durchzuführen, eine allgemeine Senkung der Lebenshaltungskosten dagegen nicht durchgeführt wird. Im Gegenteil wird das Lebenshaltungs-Niveau der Arbeiter und Angestellten durch verschiedene Maßnahmen verschlechtert. Es handelt sich diesmal nur darum, infolge Rückganges des Absatzes einen Gewinnersatz, bezw. Gewinnsteigerung durch Senkung der Löhne und Gehälter für die Unternehmer herbeizuführen. Redner wandte sich gegen die dauernde Durchbrechung des Tarifvertrages seitens der Arbeitgeber. Die vertraglich verpflichtete Auszahlung der Differenzbeträge von Wohnungswert und Wohnungsgeldzuschuß sind von dem größten Teil der dem Arbeitgeberverband der Schwerindustrie Polnisch-Oberschlesiens angeschlossenen Werke nicht vorgenommen worden. Ebenso haben einzelne Werke die gesetzlichen Vorschriften umgangen, indem sie unter dem Vorwand wirtschaftlich schlechter Lage Entlassungen und gleichzeitig Neueinstellungen vorgenommen haben. Die Entlassungen waren demnach nicht berechtigt gewesen. Ein Teil der dem Arbeitgeberverband der Weiterverarbeitenden Metallindustrie angeschlossenen Werke haben nach vorgenommenen Entlassungen den Rest der Angestellten gezwungen, durch Unterschrift von Revisionen ihr Einverständnis zu Gehaltskürzungen abzugeben. Diese Maßnahme verstößt gegen das Gehaltsabkommen, welches noch bis zum 31. Dezember 1931 läuft und unabdingbar ist.

Weiter behandelte der Referent das von der Sosnowitzer Handelskammer der Warschauer Regierung vorgelegte Projekt zur Einführung des Zwangspartysystems für Arbeitnehmer. Nach diesem Projekt soll die gesamte Sozialversicherung wie die Angestelltenversicherung, Arbeiterversicherung, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung beseitigt werden. Die Arbeitnehmer sollen sämtliche Krankenkosten, Arbeitslosenhilfe und Pension aus ihrem Zwangs-Spargut haben beistellen. Auch die seitens der Warschauer Regierung projektierte Verlängerung der Verkaufszeit im Handel bedeutet in der Praxis eine Durchbrechung des Achtstundentages.

Im Anschluß an dieses Referat sprach der Geschäftsführer Kollege Pischka über das Thema

„Gesetze und ihre Beachtung“.

Er wies einleitend darauf hin, daß seitens der Arbeitgeber die bestehenden arbeitsrechtlichen Gesetze nicht mehr beachtet werden. Speziell das Betriebsrätegesetz ist ihnen ein Dorn im Auge und sie ignorieren es nach allen Regeln der Kunst. Leider muß hier festgestellt werden, daß selbst seitens der Behörden die Durchführung der Gesetze nicht so beachtet wird, wie es von seiten der Arbeitnehmerschaft erwartet wird. So gibt man beispielsweise einigen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes eine Auslegung, die mit dem Wortlaut des Gesetzes nicht vereinbart werden kann. Da für uns das Betriebsrätegesetz das Grundgesetz der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung darstellt, müssen wir verlangen, daß vor allen Dingen die Behörden darauf achten, daß es respektiert wird.

Aus gewissen Gründen ist man dazu geschritten, Betriebsräte aufzulösen und an ihre Stelle kommissarische zu setzen. Dies geschieht auf Giechegrube und Deutschlandgrube. Zuletzt haben wir einen solchen Fall bei der Königshütte zu verzeichnen. Der Referent stellte sich auf den Standpunkt, daß die Auflösung der Betriebsräte durch den Arbeitsinspektor nicht gleichmäßig erfolgt. Der § 41 des B. N. G. sagt ausdrücklich, daß an Stelle des Bezirkswirtschaftsrates der Schlichtungsausschuß zur Auflösung von Betriebsräten und Einsetzung von kommissarischen zuständig ist. Die Auslegung der Arbeitsinspektoren, daß der § 93 B. N. G. bezw. 103 und die Verordnung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 8. März 1930 ihnen dazu die Handhabe gibt, ist irrig. Es würde zu weit führen, die rechtlichen Ausführungen des Referenten vollständig wieder zu geben. Es sei nur darauf hingewiesen, daß im Falle der Auflösung des Betriebsrates der Königshütte noch insofern entgegen dem Gesetz vorgegangen wurde, als der nach § 41 B. N. G. verlangte Antrag nicht vorgelegt hat. Im allgemeinen wird auch bemängelt, daß die kommissarischen Betriebsräte zur Amtierung zugelassen werden, obgleich sie hierzu kein Recht haben, weil der kommissarische Betriebsrat Neuwahlen sofort einzuleiten hat. Es muß unbedingt die Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes verlangt werden. Auch die Demobilisierungsvorschriften werden unserer Ansicht nach von den Arbeitgebern nicht mehr respektiert. Auch hier muß strengste Innhaltung der Vorschriften verlangt werden.

Widerruf, ohne die Berechtigung, die Grenze mehrmals überschreiten zu können, 17,50 Zloty, für ein Aufenthaltswisum ohne begrenzte Zeit mit der Berechtigung, die polnischen Grenzen mehrfach überschreiten zu dürfen, 35 Zloty, für ein Siedlungswisum, daß ein dauerndes Verweilen innerhalb den polnischen Grenzen berechtigt, 50 Zloty, für ein gewöhnliches Wisum, daß zum einmaligen Ueberschreiten der Grenze berechtigt, 1,70 Zloty, für ein Wisum zur einmaligen Ausreise und zur Rückkehr über die Grenze, 3,40 Zloty, für ein Wisum zum mehrmaligen Ueberschreiten der Grenze nach beiden Seiten hin, 8,50 Zloty. Zum Besuch von ausländischen Kongressen, Veranstaltungen usw. können Sammelvisen ausgeben werden, wo für jede aufgeführte Person eine Gebühr von 3 Zloty bezahlt werden muß. Wenn ein Pass zur Ausreise mehrerer Personen benutzt wird, so ist für jede angeführte Person eine Gebühr von 50 Groschen zu entrichten, für einmalige Ueberschreitung der Grenzen 1 Zl. Inhaber eines Passes mit mehreren minderjährigen Personen, erhalten auf die Sammelgebühr 50 Prozent Ermäßigung. In allen Angelegenheiten der Visagebühren wende man sich in den Städten an die Polizeidirektionen, in den Gemeinden an die Starosten. m.

Des weiteren sprach der Referent noch über die beabsichtigte Aenderung des Heilverfahrens bei der Angestelltenversicherung. Angeblieh soll künftighin ein Teil der Kosten von den Versicherten getragen werden, was eine Beseitigung des bisher bestehenden Zustandes bedeuten würde.

Beide Referate wurden mit Beifall angenommen. In der Diskussion zeigte es sich, daß die geplanten Neuerungen die größte Unruhe unter den Angestellten auslöste.

Einstimmig wurde folgende Resolution beschloffen:

Die am 29. November 1930 im Zentralhotel Katowice versammelten Vertrauensleute der Ortsgruppen des Allgemeinen freien Angestelltenbundes Polnisch-Oberschlesiens

1. protestieren gegen die Entlassungen von Angestellten in der Schwerindustrie, für die gleichzeitig Neueinstellungen vorgenommen werden. Diese Handlungsweise bedeutet eine Umgehung der gesetzlichen Vorschriften und gibt den Beweis, daß solche Entlassungen nicht der angegebenen Begründung (schlechte Wirtschaftslage) entsprechen. Die bisher in großer Anzahl vorgenommene Beschäftigung von Angestellten im Schichtlohn ist unzulässig und fordern wir die sofortige Einziehung dieser Leute in den Angestelltenarif.
2. fordern die Angestellten die restlose Durchführung des Abstimmens vom 11. Dezember 1929. Der größte Teil der Werke der Schwerindustrie haben immer noch nicht die Differenz von Wohnungswert zum Wohnungsgeldzuschuß ausgezahlt. Wir erwarten, daß die Werke die abgeschlossenen Verträge achten und die Auszahlung der Differenzbeträge umgehend vornehmen.
3. fordern wir den Arbeitgeberverband der Weiterverarbeitenden Metallindustrie auf die angeschlossenen Werke zu veranlassen, das zur Zeit gültige Gehaltsabkommen genau ehestens zu beachten. Die von den Arbeitgebern der einzelnen Werke vorgenommenen Gehaltsreduzierungen sind rückgängig zu machen. Es widerspricht dem Tarifvertrage, wenn die Angestellten zur Unterschrift von Revisionen gezwungen werden, wonach sie mit einer Gehaltskürzung einverstanden sind.

An die zuständigen Behörden richten wir das Ersuchen:

1. die ausgesprochene Auflösung der Betriebsräte der Giechegrube der Hüttenverwaltung Krol. Suta und der Deutschlandgrube rückgängig zu machen. Diese Auflösungen sind gegen die gesetzlichen Bestimmungen durch den Herrn Bezirks-Arbeitsinspektor in Katowice, sowie durch den Herrn Arbeitsinspektor in Krol. Suta vorgenommen worden, obwohl für die Auflösung nur die zuständigen Schlichtungsausschüsse auf Antrag einer der Parteien d. h. der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer zuständig sind. Die Angestellten erklären in diesen Maßnahmen einen Angriff auf das Betriebsrätegesetz. Die eingesetzten kommissarischen Betriebsräte haben nach dem Gesetz kein Recht zu amtieren. Wir hoffen, daß die Behörden das Bestehenbleiben des Betriebsrätegesetzes garantieren.
2. erheben die Angestellten Einspruch gegen das von der Warschauer Regierung vorgelegte Projekt zur Einführung des Zwangspartysystems. Dieses Projekt hat in der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft die größte Unruhe hervorgerufen, da hierdurch die gesamte Sozialversicherung gefährdet ist. Wir bitten die Regierung dafür einzutreten, daß die bisherige Sozialversicherung unverändert bestehen bleibt. Darüber hinaus erwartet die Angestelltenchaft den weiteren Ausbau und die Verbesserung der bestehenden Sozialversicherung. Es liegen der Regierung eine Anzahl Anträge der Angestellten-Gewerkschaften Polnisch-Oberschlesiens vor, um deren Berücksichtigung wir bitten.
3. an die Warschauer Regierung richten wir gleichfalls das Ersuchen, die bisherige Verordnung über den Ladenschluß im Handel aufrecht zu erhalten und die Organe anzuweisen, daß die Durchführung der Verordnung schärfstens kontrolliert wird. Durch die zu große Anzahl von Ausnahmesonntagen und zu oft genehmigte Verlängerung der Verkaufszeit an den Wochentagen haben die Angestellten im Handel bis zu 12 Stunden täglich arbeiten müssen, ohne hierfür eine Ueberstunde Entschädigung erhalten zu haben. Bei der ständigen Gefahr der Entlassung ist auch eine Einlösung dieser Ueberstundenbeträge nicht möglich.

Das der Warschauer Regierung vorgelegte Projekt über eine Festsetzung des Ladenschlusses an Wochentagen auf 8, bezw. 9 Uhr abends, bedeutet eine Durchbrechung des Achtstundentages, da der größte Teil aller Kaufleute bei ihrem geringen Personal unmöglich eine 8stündige Arbeitsleistung innerhalb einer 10 — 14 stündigen Verkaufszeit nicht durchführen können. Ein derartiges neues Gesetz würde die Beseitigung des Achtstundentages in der Praxis mit sich bringen. Die Angestelltenchaft erhebt Protest gegen dieses Projekt.

Katowick und Umgebung

Schwerer Ueberfall auf eine Frauensperson.

Ein frecher Raubüberfall ereignete sich im Ortsteil Ligota. Dort wurde die Martha Loga aus Brznow, welche sich in der Dunkelstunde auf den Heimweg machte, auf der ulica Grzeska überfallen. Der Martha L. stellte sich ein Bandit in den Weg, welcher in einer Hand einen Revolver schwang. Der Täter forderte unter Drohungen die Herausgabe von Geld. Die Ueberfallene schrie nach Hilfe. Daraufhin verfecht ihr der Bandit mit dem Kolben des Revolvers einen Schlag auf den Kopf und entwendete der Ueberfallenen einen Geldbetrag von 340 Zloty. Es handelt sich um einen Mann von 27 Jahren, welcher etwa 165 Zentimeter groß ist und einen hellen Mantel trug. Nähere polizeiliche Ermittlungen nach dem Banditen sind eingeleitet worden.

Deutsche Theatergemeinde. Wir machen unsere Schauspielabonnenten darauf aufmerksam, daß das Abonnement für die nächsten Monate erneuert werden muß. Das Abonnement umfaßt wieder 8 Stücke, der Preis bleibt also derselbe, wie bisher. Die Erneuerung erfolgt von Donnerstag, den 4. Dezember ab, täglich von 11 bis 2 Uhr (in unserem Büro, ulica Szolna, früheres Bibliotheksgebäude) bis Sonnabend, den 13. Dezember, mittags 1 Uhr. Abonnements, die bis zu dem Tage nicht eingelöst, bzw. erneuert worden sind, werden von Montag, den 15. Dezember an, weitergegeben.

Bezirkstreifen des T. B. die „Naturfreunde“. Auf solch herrliches Wetter, wie es die Tage der vergangenen Woche und der 30. November brachten, weiß sich des Menschen Geist wohl kaum zu erinnern. Daher kam es, daß eine Anzahl Touristen, angelockt durch das schöne Wetter, zur Klodnik wanderten, um die freie Zeit in Spiel und Sang, Scherz und Lachen, herrlichen Sonnenschein im Walde auszunutzen und dies auf dem Plage, der für die Sonnenwende, bzw. Winterfeier ausgesetzt und vorgezogen war. Das Wasser der Klodnik lud sehr zum Baden ein, aber schon der Gedanke an das kalte Wasser allein überließ manchen mit Gänsehaut. Trotzdem vertieften sich zwei Wasserratten in die Fluten der Klodnik, die nach den letzten Regentagen mehr Wasser führte, um ein kaltes Bad zu nehmen. Als sich ein Photograph anschickte, dieses Ereignis auf der Platte festzuhalten, verließen sie, zu seinem größten Aerger, das nasse Element. Beim Mondenschein rüdte die frohe Schar in ihre Heimatsorte ein mit der Hoffnung auf herrliches Skiwetter für Sonnabend, den 20. Dezember. „Berg frei“.

Bierleichenflederer üben ihr dunkles Gewerbe aus. Im Wartesaal des Bahnhofes von Kattowitz, bestellten zwei Eisenbahner Speisen und Getränke und konnten darauf nicht zahlen. Sie mußten zu ihrem Schrecken feststellen, daß man sie bestohlen hatte. Die Polizei nahm ein Protokoll auf. — Ein Kattowitzer Kellner stellte in Morgenroth fest, daß er sich eigentlich in Chorzow befinden sollte. Gleichzeitig machte er die Wahrnehmung, um seine Barschaft von 40 Zloty erleichtert worden zu sein.

4 große Zinkfässer weggetollt. Zum Schaden der Frau Anna Suwior wurden aus einer Hofanlage auf der ulica Mickiewicza 4 große Zinkfässer gestohlen. Das erste Faß, in welchem sich noch 20 Liter Benzol befanden, saßt einen Inhalt von 400 Liter auf. Die anderen 3 Fässer fassen je 200 Liter und tragen die Nummern 2581, 730 und 7488. Der Wert der Fässer beträgt etwa 320 Zloty. Es wird vor Ankauf gewarnt!

Zawodzie. (An Alkoholvergiftung verstorben.) Infolge Genuß von Brennspritus erlitt der 60jährige Grubeninvalid Robert Cieslik von der Kundigungsstraße eine schwere Vergiftung, die den Tod des C. zur Folge hatte. Der herbeigerufene Arzt bestätigte, daß der Tod infolge Einnahme von denaturiertem Spiritus eingetreten ist. Man schaffte den Toten nach der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses.

Hohenlohehütte. (Der Sturz aus dem Fenster.) Der 53jährige Grubeninvalid Johann Strzyppczyk stürzte sich aus dem Fenster des 2. Stockwerks auf die Straße. Bei dem Sturz wurden ihm die Beine gebrochen. Außerdem erlitt er schwere Körperverletzungen. Er wurde nach dem Barmherzigen Brüderkloster in Boguszyń überführt. Die bisherigen Feststellungen haben ergeben, daß es sich um einen Selbstmordversuch handelt und zwar soll der Grubeninvalid zu diesem Verweilungsschritt durch familiäre Zwürwürnisse getrieben worden sein.

Königshütte und Umgebung

Die diesjährigen Weihnachtsmärkte werden vom 15. bis 24. Dezember auf dem Platz an der Markthalle, außerhalb der Wochenmärkte täglich von 8—5 Uhr abgehalten. Zum Verkauf sind alle Marktartikel außer Fleisch, Fleischwaren, Gemüse und Vieh zugelassen. Die Gebühr beträgt für einen Standplatz für diese Zeit 15 Zloty. Die Gebühren sind im voraus in der Markthalleninspektion zu entrichten. Diejenigen Händler aus den Stadtkreis Königshütte, die Waren auf den Weihnachtsmarkt zum Verkauf bringen wollen, müssen sich persönlich spätestens bis zum 10. Dezember im städtischen Polizeiamt melden.

Eine Zweigstelle des Postamtes in der Nordstadt. Die hiesige Postdirektion ist gewillt dem dringenden Wunsch der Bevölkerung des nördlichen Stadtteils, in der Errichtung einer Zweigstelle nachzukommen. Die neue Poststelle soll in einem Hause am Plac Mickiewicza untergebracht werden, nachdem es gelungen ist, in Verbindung mit der Stadtverwaltung, dem daselbst wohnhaften Mieter andere Räume zur Verfügung zu stellen. Die Umbau- bzw. Renovierungsarbeiten werden in den nächsten Tagen begonnen und in kurzer Zeit durchgeführt werden.

Vom städtischen Schlachthof. Mit einem Kostenaufwande von 45 000 Zloty ist ein alterer Bau aufgestockt und daselbst für die Schlachthofgeflügel ein großer Aufenthaltsraum, Badeeinrichtung, Geraum und Umkleegelegenheit geschaffen worden. m.

Strafenüberfall. Der Postbeamte Pietrel aus Schwientokowicz wurde auf der ulica Romiarki von einem gewissen G. angefallen und mißhandelt. Der Ueberfallene wurde derart zugerichtet, daß er mit einem Wagen in seine Wohnung gebracht werden mußte.

Ein feiner Sohn. Bei der Polizei brachte Frau Gertrud N. von der ulica Stoczynskiego 40 zur Anzeige, daß ihr Sohn Peter aus der Wohnung einen Betrag von 80 Zloty und eine Uhr entwendete und in unbekannter Richtung verschwand.

Die Unachtsamkeit in den Straßen. Der Fleischer Boleslaus Klefa von der ul. Hajducka 20 wurde, als er das städtische Krankenhaus gegen 10 Uhr abends verlassen hatte, von etwa 10 jungen Männern im Alter von 18 bis 24 Jahren überfallen und mit Stoch- und Faustschlägen bearbeitet. Den Begegnung gelang es, unerkannt zu entkommen. — In einem anderen Falle wurde der Beamte Alfons Bielica aus Dzegow in Königshütte an der ul. 3-go Maja von einem unbekanntem Mann überfallen und ohne jede Ursache mehrere Male ins Gesicht geschlagen. Der Täter verschwand in der Dunkelheit unerkannt.

Siemianowicz

Und bist Du nicht willig...
Uebel mitgespielt worden ist am freien Platz an der städtischen Gleichhalle in Kattowitz dem Eisenbahnbeamten Emanuel Kuleska von hier. Dort verlangten 2 Männer von ihm einen Geldbetrag von 10 Zloty. Der Eisenbahnbeamte wollte mit dem Gelde nicht herausrücken. Das brachte die beiden Forderer in Wut und sie gingen gegen Kuleska tätlich vor, welcher zu Boden geworfen und mit Fäusten bearbeitet worden ist. Einer von den rabiaten Tätern holte ein Messer hervor und verwickelte damit dem Eisenbahner einen Stich in die Seite. Danach warfen die Rowdies den Mißhandelten in das Rasenflutbett. Kuleska wurde nach dem städtischen Spital geschafft, wo er einen Not-

Ist die Auflösung des Betriebsrates der Königshütte rechtmäßig erfolgt?

Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes — Einsetzung eines kommissarischen Betriebsrates — Ein allgemeiner Betriebsrätekongress

Der Deutsche Metallarbeiterverband hielt am Sonntag im großen Saal des Volkshauses seine fällige Mitgliederversammlung ab, die stark besucht war. Nachdem die Tagesordnung, welche aus einem Bericht über „Die Auflösung des Betriebsrates in der Königshütte“ und Verbandsangelegenheiten bekannt gegeben wurde, ergriff Kollege Buchwald das Wort und führte u. a. aus: Die Vorgänge in der letzten Zeit bewiesen, daß man auch auf die sozialen Erwerbsangelegenheiten der Arbeiterklasse Anschläge verübt bzw. dahin strebt, diese beträchtlich zuungunsten der arbeitenden Klasse zu schmälern. Leider werden diese Bestrebungen von sogenannten „Auch-Organisationen“ unterstützt und gefördert. Ganz besonders gilt dieses für das Betriebsrätegesetz, wo man seit langer Zeit in Polnisch-Oberschlesien die verschiedenen Verbesserungen, Rechtsprechungen, Urteile usw. nicht mehr zur Anwendung bringt, trotzdem es nach dem Genfer Abkommen geschehen sollte. Das mit soviel Blut erkämpfte Betriebsrätegesetz, das einzige Gesetz zum Schutz der Arbeiterschaft, ist den Arbeitgebern schon lange ein Dorn im Auge. Es werden systematisch Versuche gemacht, Auslegungen so zu treffen, die auf eine Benachteiligung der Arbeiterschaft hinausgehen. Wenn dieses heute die Arbeitgeber versuchen zur Durchführung zu bringen, so ist man von ihnen nichts anderes gewöhnt, daß aber auch aufsichtsführende Behörden nach dem Gesetz nicht handeln und rechtmäßig gewählte Arbeiter- und Angestelltenvertretungen, wie auf Giesche, Deutschlands, Valeslagrube und neuerdings auch in der Königshütte auflösen, und durch kommissarische ersetzen, bleibt unverständlich. Darum muß die gesamte Arbeiterschaft den sozialen Gesetzen mehr Beachtung schenken, sie zu erhalten und zu verteidigen suchen.

Doch zu der Auflösung des Betriebsrates in der Königshütte selbst, wäre folgendes festzustellen: Schon lange ist die bisherige Besetzung des Betriebsrates der Königshütte verschiedenen Kreisen und Personen ein Dorn im Auge gewesen. Man hatte aber keine Mittel zur Hand, um denselben zu stürzen und die Wahlen alles andere brachten, nur keine Verbesserung der Verhältnisse. Und so verging eine lange Zeit, bis eines Tages ein Mitglied des Betriebsrates (D. M. B.) einem armen Kumpel beglaubigt hat, daß er nicht wegen Arbeitsmangel, sondern in der Hauptsache darum entlassen wurde, weil er Ausländer (Optant) war. Vornehmlich hatte die Bescheinigung den Zweck zu erfüllen, damit der auf diese Art zur Entlassung gekommene auf der anderen Seite eine Beschäftigung erhalten sollte. Somit ein Vorgang, wie er menschlicherseits nicht anders sein konnte, um seinem Nächsten in der Not zu helfen.

Auf irgendeine Weise hatten davon die „Maulwürfe“, die schon früher immer gehetzt und gehöhrt hatten, Kenntnis erhalten und versuchten daraus ein „Staatsverbrechen“ zu konstruieren. Sie dachten, jetzt oder nie. Die Bohrer wurden erneut eingeleitet, man ließ zur Polizei, zum Arbeitsinspektor und erhob eine „furchtbare“ Anklage gegen die „Verbrecher“. Die Ohren wurden ihnen vollgeblasen. Doch anfänglich ohne Erfolg. Die beiden Behörden, die doch immer noch eine gewisse Verantwortung tragen, sahen in der Ausstellung der Bescheinigungen nichts strafbares, gaben nach der Verhören der in Frage kommenden Person eine entsprechende Belehrung, daß sie in Zukunft so etwas nicht tun solle und legten die ganze Angelegenheit ad akta. Bis dahin war das Vorgehen dieser Behörden und die Erledigung dieses „Falles“ korrekt.

Einen derartigen Ausgang hatten die „Maulwürfe“ doch nicht erwartet und man ging der Sache weiter auf den Grund. Man bohrte ohne Unterlaß weiter, bis eines schönen Tages die Hüttenverwaltung ein „Bismò“ seitens der Arbeitsinspektion erhielt und in diesem mitgeteilt

verband erhielt. Daraufhin wurde er nach Haus entlassen. Als Täter sollen der Franz Jolna und Herbert Zelder, wohnhaft in Kattowitz in Frage kommen. Die Polizei hat nähere Untersuchungen eingeleitet.

Mischalkowicz. (Vor den Betriebsratswahlen der Maggrube.) Die Belegschaftsversammlung im Benischen Saale hatte vorwiegend den Zweck, zu den am 19. und 20. Dezember stattfindenden Betriebsratswahlen Stellung zu nehmen. Von den Parteirichtungen war der Besuch ein sehr starker. Nach einem ausführlichen Referat, hatten die sonstigen Radikalschlüßler keinen Mut, eine Diskussion aufzunehmen. Im Betriebe werden sie natürlich ihre geheime Mißliebigkeit weiter fortsetzen. Bis zur Zeit sind 4 Arbeiter- und zwei Angestelltenlisten eingereicht. In der nächsten Versammlung, die in Kürze angelegt wird, soll Stellung genommen werden, zu der erfolgten Tarifkündigung in der Schwerindustrie. Das starke Polizeiaufgebot war mehr als überflüssig.

Mischalkowicz. (Das Bein gebrochen.) Auf dem Ring in Kattowitz wurde von einem Personenauto die 21jährige Wladislawa Stellmach aus Mischalkowicz angefahren. Der Frauensperson ist das linke Bein gebrochen worden. Die Verunglückte wurde nach dem städtischen Krankenhaus in Kattowitz und später nach dem Siemianowicher Knappschafslazarett überführt. Die Schuldfrage steht noch nicht fest.

Myslowitz

Der Sturz von der Kanzel.
In den „Myslowitzer Nachrichten“ (Wiadomosci Myslowickie), die vom Kirchenvorstand der kath. Kirchengemeinde in Myslowitz einmal wöchentlich herausgegeben werden, befindet sich in Nr. 48 vom 30. November d. Js. folgende Notiz:

„Der letzte Monat des Jahres 1930 ist herangekommen und Du hast deine Kirchensteuer noch nicht beglichen. Es ist dieses der letzte Termin für die Bezahlung dieser Steuer, denn mit dem 1. Januar werden die Rechnungen für das vergangene Jahr abgeschlossen. Am Silvesterabend beabsichtigt der hochwürdige Herr Pfarrer alle Steuerlässigen, die es nicht nötig haben, die Steuer zu bezahlen, von der Kanzel namhaft bekannt zu geben. Warte nicht, bis Du von der Kanzel heruntergestürzt wirst“.

wurde, daß laut Paragraph 41 des Betriebsrätegesetzes der Betriebsauschuss als aufgelöst gilt. In deren „Freunden“ genügte diese aber noch nicht und besorgte die Auflösung des ganzen Betriebsrates, was auch prompt von der oben genannten Stelle befohlen wurde. Gleichzeitig wurde der kommissarische Betriebsrat aus 9 Personen ernannt und so zusammengestellt, daß das Verhältnis zu der bisherigen Organisationszugehörigkeit und deren Stärke in keinem Zusammenhang steht. Der alte Betriebsrat hat sich aus 16 Mitgliedern der verschiedenen Gewerkschaften zusammengesetzt, wovon allein auf den Deutschen Metallarbeiterverband 7 Mitglieder entfielen. Im kommissarischen Betriebsrat ist der D. M. B. jetzt mit einem Mitglied!!! vertreten.

Alle bisher unternommenen Schritte der Gewerkschaften bei den maßgebenden Instanzen waren erfolglos. Trotz alledem wurden weitere Schritte anderwärts eingeleitet und die hoffentlich zu einer Abänderung der geschaffenen Lage führen bzw. Neuwahlen sofort ausgeschrieben werden. Nach wie vor wird darauf bestanden, daß die Auflösung des Betriebsrates gesetzwidrig und eventuell der Grund der Ausstellung der Bescheinigungen nicht maßgebend sein kann, zumal der Demobilisationskommissar die Entlassung von Ausländern mündlich unter Zeugen und sogar schriftlich bei der Verwaltung gefordert hat. Diese Tatsachen bestehen nun einmal und lassen sich durch nichts aus der Welt schaffen. Demnach haben die Verwaltungen auch bei den Entlassungen gehandelt.

Der Rechtszustand ist nun folgender: Das Betriebsrätegesetz läßt grundsätzlich die Auflösung von Betriebsräten zu, sofern deren Tätigkeit eine gröbliche Verletzung der Pflicht darstellt. Davon spricht auch der Paragraph 41 des Betriebsrätegesetzes, daß der Bezirkswirtschaftsrat und solange einer nicht besteht, der Schlichtungsausschuss die Auflösung des Betriebsrates beschließen kann, aber immer erst dann, wenn wichtige Rechtsvorschriften verstößen wurden. Da jedoch in der Wojewodschaft Schlesien ein Bezirkswirtschaftsrat nicht besteht, tritt demnach der Schlichtungsausschuss an seine Stelle. Es erfolgten auch schon früher Amtsenthebungen von Betriebsratsmitgliedern, aber immer wieder wurden Anträge an den Schlichtungsausschuss gestellt, der diese ablehnte oder aber die Amtsenthebung vornahm.

Zum erstenmal hatte die Verwaltung der Gieschegruben einen Antrag auf Auflösung des Betriebsrates an den Kreisarbeitsinspektor gestellt, anstatt an den Schlichtungsausschuss. Der Arbeitsinspektor hat dem Antrag Rechnung getragen und den Betriebsrat wunschgemäß aufgelöst, trotzdem dies schon damals rechtsungültig war, weil die Auflösung immer nur der Schlichtungsausschuss vornehmen kann. Wenn sich der Arbeitsinspektor in diesem Falle, wie auch bei der Königshütte auf den Paragraph 93 des Betriebsrätegesetzes gestützt hat, der nach den Ausführungsbestimmungen des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 8. 3. 1920 besagt, daß in Fällen, wo der Bezirkswirtschaftsrat nicht besteht, die Rechte desselben auf die Gewerbeinspektoren übergehen, so kann dieses mit dem Paragraph 41 des Betriebsrätegesetzes nicht in Verbindung gebracht werden, weil die Auflösung nur vom Schlichtungsausschuss vorgenommen werden konnte und der auch für derartige Streitfälle zuständig ist. Somit fehlt auch in der Auflösung des Betriebsrates in der Königshütte die Rechtsgrundlage. Das letzte Wort ist aber in der Angelegenheit noch nicht gesprochen worden.

Die darauffolgende Aussprache war eine lebhafte und bewegte sich im Rahmen des Berichtes. Nach Bekanntgabe verschiedener Verbandsangelegenheiten, wurde die Versammlung um 1,30 Uhr geschlossen.

Das ist wohl echt christlich? Das einzige Gute dabei ist, daß bei so einem Sturz keinem die Knochen gebrochen werden. Die kurze Meldung dokumentiert wiederum, daß es den Herrn Pfarrern nicht so sehr um das „Rette deine Seele“ zu tun ist, da dies in der Notiz mit keinem Worte erwähnt wird. Es geht nur um das Geld. Den armen Schwächlein, die die Aussicht haben, am Silvesterabend von der Myslowitzer Kirchenkanzle heruntergestürzt zu werden, wünschen wir unfererleits einen glücklichen Sturz.

Myslowitz ohne Licht. Ein Zufall wollte es, daß gerade am 1. Dezember die Stadt Myslowitz gegen 3/4 Stunden lang ohne elektrischer Beleuchtung war. Die Geschädigten waren in diesem Falle die Geschäftsleute und Gewerbetreibenden, für die der 1. d. Mts. von besonderer Wichtigkeit ist. Die Störung soll auf eine Reparatur der Zentrale der D. E. W. in Kattowitz zurückzuführen sein.

Chaussee Myslowitz-Wilhelmschütte. Der endgültige Termin für die Freigabe der oben genannten Chaussee ist für Sonnabend, den 6. d. Mts., festgesetzt worden, weil noch einige kleinere Arbeiten durchgeführt werden mußten.

Nach der Eingemeindung von Rosdzin-Schoppinich. Am vergangenen Montag, den 1. d. Mts., erfolgte die offizielle Eingemeindung von Rosdzin-Schoppinich. Die zusammengeschlossene Gemeinde führt den Namen Rosdzin-Schoppinich, bis zur evtl. Verderung des Namens durch die höheren Verwaltungsinstanzen, die allerdings erst im nächsten Jahre erfolgen könnte. Die Gemeindegeschäfte werden vor, wie nach, durch die besondern bisherigen Gemeindegewerkschaften weiter geführt mit g wissen Kompetenzeinschränkungen für den jetzigen Gemeindegewerkschaften der Gemeinde Rosdzin-Schoppinich, den bisherigen Gemeindegewerkschaften von Rosdzin Suchy, in Kassen, Personal- und anderen Angelegenheiten. Die Wahlen für die neue Gemeindeverwaltung werden in diesen Tagen ausgeschrieben. Nach einem Vorschlag der kommissarischen Gemeindevertretung werden für die Gemeinde Rosdzin-Schoppinich 18 Gemeindevereiter und 4 Gemeindegewerkschaften gewählt werden, was vollkommen ausreichend ist und bei einer Vergrößerung der Vertreterzahl nur störend wirken dürfte.

Schoppinich. (Der Wartesaal wird renoviert.) Man muß nur drummen, dann hilft es! Der Vizepräsident W. von der Eisenbahndirektion hat sich unsere Wohnung zu Herzen genommen. Nachdem die Zugangstreppe zum Bahnsteig verputzt und ausgemalt worden ist, hat man sich nun endlich nach einem

Vierteiljahrhundert des Bestehens des Bahnhofs besonnen und den Warteplatz 1. Klasse derselben in Angriff genommen. Das Innere erhält einen neuen, frischen, freundlichen Anstrich und, was die Hauptsache ist, die Fenstergehäusen, an denen der Schmutz festsitzend klebt, werden gereinigt. —h.

Przeziunka. (Förderarme, die verschwinden mußten.) Die Abmontierung der eingestellten Przemjagruhe geht ihrer Beendigung entgegen. Beide Schächte sind bereits zugeschüttet. Während der Frenzelschacht sich vollständig ruhig verhält, rückt die Verfüllung des Hauptfördererschachts mit zeitweisen Unterbrechungen bis hundert Meter tief immer wieder nach. Dies ist auf die großen Wasserabflüsse in diesem Schachte zurückzuführen, welche die aufgeschütteten Erdmassen immer wieder mitreißen. Wann diese sonderbaren Vorgänge ihr Ende finden, ist nicht abzusehen. Die Förderergerüste sind bereits abgetragen, desgleichen die Kesselhäuser. Betreffs der elektrischen Zentrale werden Verkaufsverhandlungen geführt. R. B.

Schwientochlowik u. Umgebung

Selbstmord durch Erhängen.

In selbstmörderischer Absicht erhängte sich an einem Zaun der etwa 27 jährige Johann Szega aus Schwientochlowik. Der Tote wurde in die Leichenhalle des dortigen Spitals geschafft. Wie es heißt, soll sich Sz. mit Selbstmordgedanken in letzter Zeit öfters herumgetragen haben. Das Motiv zur Tat ist unbekannt.

Warnung! An der Grenze bei Hohenlinde und anderswo sind in letzter Zeit wiederholt Personen angehalten worden, die durch Umgehung der vorgeschriebenen Wege größere Mengen von verschiedenen Waren durchzuschmuggeln versucht haben. Zumeist waren es Personen, die den Schmuggel gewerbsmäßig betreiben. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle Umgehungsversuche sehr böse Folgen nach sich ziehen können. Den Grenzbeamten steht nach den Instruktionen das Recht zu, auf diejenigen Personen, die den Halteruf (Stof) nicht befolgen, zu schießen.

Antonienhütte. (Es geht ohne Krach nicht ab.) Ein Schutzmann, welcher mehrere Nabadarbrüder auf die Wache bringen wollte, wurde von einem der Arretierten beschimpft. Es kam zu weiteren Mißheftigkeiten, worauf sich der Polizist veranlaßt sah, gegen den Täter mit dem Säbel vorzugehen. Es handelt sich hierbei um den Konrad K., welcher minimale Verletzungen am Arm davontrug und nach Anlegung eines Rotverbandes nach der Wache gebracht wurde, um in der Polizeizelle seinen Rausch auszuschlagen.

Bismarckhütte. (Festnahme einer Hehler- und Diebesbande.) Eine längere Zeit hindurch wurde die Einwohnerschaft von Schwientochlowik und Kattowik, vorwiegend aber die Kaufmannschaft, durch eine mehrköpfige Diebesbande unsicher gemacht. Die Täter stahlen wie die Raben und entwendeten alles, was nicht niets und nagelst war. Das Diebesgut wurde dann gegen Spottpreise an Händler „verklappt“. Die Polizei war hinter der Bande seit langem her und arretierte inzwischen die Schuldigen und zwar Leopold Kowalec, Anton Agon, Wilhelm Sanger, Maximilian John, Anton Proh, Paul Grabar, sowie 15 weitere Hehler und Hehlerinnen. Die polizeilichen Untersuchungen in dieser Angelegenheit sind im Gange.

Bismarckhütte. (Auf frischer Tat ertappt.) Festgenommen wurde ein gewisser Paul L., welcher zum Schaden eines Basul ein Herrenrad stehlen wollte. Weitere Untersuchungen in dieser Angelegenheit sind im Gange.

Hohenlinde. (Mehr Vorsicht beim Ueberfahren der Straße.) Von einem Personenauto wurde auf der Chaussee zwischen Königshütte und Beuthen die Josefa Zyg, von hier, angefahren und verletzt. Nach Erteilung der ersten ärztlichen Hilfe im Königshütter Knappschafslazarett wurde die Verunglückte wieder entlassen. Die Schuldfrage steht in diesem Falle noch nicht fest.

Neu-Heidul. (Das Kind auf der Straße.) Ueber einen Verkehrsunfall berichtet die Kriminalpolizei, welcher sich auf der Chaussee bei Neu-Heidul ereignete. Dort wurde die 6 jährige Hildegard Kolomarski von einem Personenauto angefahren und leicht verletzt. Es erfolgte ihre Ueberführung in das Knappschafslazarett, wo sich die Kleine in ärztlicher Behandlung befindet.

Rybnik und Umgebung

Wo sind „Archiles“ und „Cytton“. Auf der Bahnstation Czernikow wurde zum Schaden des Gerhard Czoch aus der Ortschaft Leszczyn das Fahrrad, Marke „Archiles“ Nr. 2091 mit Werte von 150 Zloty gestohlen. — Ein weiteres Fahrrad, Marke „Cytton“, Nr. 30 863 wurde nahe dem Gemeindepark bei der Schule 1 in Rybnik von einem Fahrradmadler entwendet. Vor Ankauf der Fahrräder wird gewarnt!

Chwalowik. (Es wird wieder langsam angelegt.) Die Donnerstagsmarke hat ab 1. Dezember ihre untertägige Belegschaft um 40 Mann durch Neueinstellung vermehrt.

Tarnowik und Umgebung

Kadzionka. (2 Fahrräder gestohlen.) Aus dem Korridor des Hauses Marjaka 2 in Kadzionka wurden zum Schaden des Steigers Georg Szubert 2 Fahrräder gestohlen und zwar das Herrenrad, Marke Weltrud Nr. 793 714, sowie das Damenrad, Marke „Silesia“ Nr. 30 436. Vor Ankauf wird gewarnt!

Lublinik und Umgebung

In verwestem Zustande aufgefunden.

Im Wäldchen bei der Ortschaft Dembowa-Gora, etwa 20 Meter vom Feldwege entfernt, wurde eine Mannesleiche in verwestem Zustande aufgefunden. Neben der Leiche lag das Jackett und die Mütze. Die Beine des Toten waren in Lappen eingewickelt. Nach einer Beschreibung ist der Unbekannte etwa 40 bis 45 Jahre alt, 1,75 Zentimeter groß, schwächlich gebaut und hat schwarzes Haar. Personen, welche irgendwelche Auskünfte über den Toten machen können, die auf eine Identität des Unbekannten schließen würden, haben sich unverzüglich bei der nächsten Polizeistelle zu melden.

Selbstmord im Polizeiarrest. Der 17 jährige Wladislaw Francul, ohne ständiges Wohnsitz, wurde auf Grund eines Haftbefehls wegen einem Einbruchsdiebstahl festgenommen und sollte später weitertransportiert werden. Beim Betreten der Zelle fand man den Häftling erhängt vor. Wiederbelebungsversuche waren ohne jeden Erfolg.

Aus dem Janower Gemeindepaprament

Zusatzkredite — Vergebung von Arbeiten im neuen Rathaus — Was wir aus dem jetzigen Gemeindeverwaltungsgebäude? — Verträge, Schluß für Kommunabramte, Subvention u. a.

Einen ruhigen, aber interessanten Verlauf nahm die für gestern, nachmittags 5 Uhr, anberaumte Gemeindepaprament in Janow. Die Tagesordnung umfaßte 15 Punkte, die, bis auf kleinere Debatten, sachlich erledigt wurde. Dank dem geschickten Eingreifen des Gemeindepapraments Stesja bei besonders heißen Sachen, bei denen gewisse Englisungen zu befürchten waren, wurde die Sitzung in 1½ Stunde müßtergütig zu Ende geführt.

Nach Verlesung und Annahme des Protokollles der letzten Sitzung beschloß man einstimmig, für das Jahresbudget 1930/31 die präliminierte Summe für Personalausgaben um 1120 Zloty zu erhöhen. Desgleichen bewilligte man ohne Debatte einen Zusatzkredit zur Fertigstellung des Rathauses, in Höhe von 100 000 Zloty.

Die Belieferung des Rathauses mit Büromöbeln, Möbeln für den Sitzungssaal und das Konferenzzimmer wurde der Firma Kabak, Myskowi, für 35 000 Zloty überwiesen. Die Armaturen für die elektrische Beleuchtung wird nach Beschluß der Gemeindevertretung die Fa. Jura für 8450 Zloty zu liefern und einzubauen haben.

In Angelegenheit der Frage, was nun mit dem bisherigen Gemeindeverwaltungsgebäude geschehen soll, wenn das Rathaus bezogen wird, hatte der Gemeindepaprament den Vorschlag unterbreitet,

das Gebäude für Wohnzwecke

einzurichten. Demgegenüber lief ein Gesuch der Janower Lehrerschaft ein, nach welchem das Gebäude in eine

Spielschule

umgewandelt werden soll. Dieser Vorschlag wurde von keiner Fraktion geteilt. Die Sozialisten und die deutsche Fraktion, sowie die Korantypartei, sprachen sich für den Vorschlag des Gemeindepapraments aus. In der Abstimmung wurde beschlossen, daß das Gebäude für Wohnzwecke verwandt und evtl. aufgestockt werden soll.

Einstimmig einigte man sich auf die Uebernahme von Baukosten für eine Wasserleitungsanlage bei ärmeren Hausbesitzern durch die Gemeinde. Diese Hausbesitzer haben die vorgeschlagene Summe, in Höhe von 320 Zloty, innerhalb von 10 Monaten, ratenweise an die Gemeindeverwaltung zurückzuführen.

Der Vertrag mit der Gesellsch. Sp. Akt., betr. die Belieferung der Gemeinde Janow mit elektrischem Strom, wurde angenommen und bewilligt.

Die Polizeiverordnung, betreffend die Bereinigung der Bürgersteige, wurde in ihrer neuen Fassung, die außer in Sachen der Bestrafungsformeln dieselbe blieb, bestätigt.

Aus dem Gemeindepaprament in Eichenau

Keine Terrordebatte — Ein geriffener Grundstükkelulant — Die geköpfte Gemeinde — Weihnachtspende für Arbeitslose und Arme

Die in aller Dringlichkeit einberufene Gemeindepaprament hatte ein Stück Arbeit zu bewältigen. Gleich zu Beginn der Sitzung wurde ein Dringlichkeitsantrag der Sozialisten auf Festsetzung einer bestimmte Quote für Tumultschädenerstattung abgelehnt. Der Gemeindepaprament fordert einen formalen Antrag zur nächsten Sitzung. Merkwürdigerweise fand der sehr vernünftige Antrag, von keiner Partei die geringste Unterstützung, trotzdem doch alle Ortsbewohner, außer der Staatspartei, durch die Wahlübergriffe stark gelitten haben.

Der vorjährige Zuschlag zum Spirituspatent vom vorigen Jahr, in Höhe von 100 Prozent, wurde auch für das kommende Jahr beibehalten, da die finanzielle Lage der Gemeinde sich durch den Industrierückgang derartig verschlechtert hat, daß die beabsichtigte Senkung sich zurzeit beim besten Willen nicht durchführen läßt. Desgleichen verblieb die Fabrikationssteuer bei 100 Prozent.

Im Etat sind seit vorigem Jahre für Wahlzwecke 1000 Zloty aufgenommen worden. Dieser Betrag ist durch die Gemeindepapramentwahlen aufgebraucht worden und nun annähernd 200 Zloty überschritten. Da aber das Kalenderjahr 1930 übertausend drei Neuwahlen brachte, so mußte zur Deckung dieser Kosten ein besonderer Betrag ausgeworfen werden. Der Gemeindepaprament war bemüht, die Wahlkosten möglichst niedrig zu setzen. Es wurden für die beiden Sejms mit je 5657 Wählern 8 Listen aufgeführt, für den Senat bei 3716 Wählern zwei Listen. Insgesamt mußten 52 000 Namen registriert werden, die der Gemeindepaprament mit dem niedrigsten Satz von je 3 Groschen vergütigt wollte. Dagegen wurde protestiert, da der Betrag zu hoch schien. Nachdem der Gemeindepaprament erklärte, daß Siemianowik 5 Gr., Rosdzin-Schoppinik 5 und 4 Gr. und Kattowik sogar 10 Gr. pro Nameneintragung zahlte, wurde der Vorschlag angenommen. Für Saalkosten, Papierverbrauch usw. bewilligte man 500 Zloty, so daß die Gesamtsumme sich auf 2200 Zloty erhöhte.

Anschließend an diese erregte Auseinandersetzung folgte allsogleich die zweite und zwar über die Weihnachtsunterstützung an Arbeitslose und Ortsarme. Vorge schlagen wurde seitens des Gemeindepapraments ein Betrag von 5000 Zloty. Die Arbeitslosenzahl hat sich im Verhältnis zum Vorjahr von 120 auf 600 erhöht. Oben genannter Betrag reicht bei weitem nicht aus, um die Vermitteln nur mit je 5 Zloty zu bedenken. Nach einer regen Aussprache wurde beschlossen 6000 Zloty zu bewilligen. Man erwartet seitens der Wojewodschaft und dem Armenfonds eine entsprechende Zuwendung.

In die Arbeitslosenkommision wurden gewählt die Arbeitslosen Cissek, Strelczyk, Marzek und Budarczyn. Diese sollen gemeinschaftlich mit der Armenkommission die Beträge der Weihnachtsbeihilfe für die Arbeitslosen ohne Unterstützung und für die Ortsarmen festsetzen, welche zwischen 5—20 Zloty betragen dürfen.

Dyba. (Der „wilde“ Chauffeur.) Auf der Chaussee in der Ortschaft kam es zwischen einem Halbstauten und dem Fuhrwerk des Johann Konecny zu einem heftigen Zusammenprall. Das Fuhrwerk kippte und wurde total demoliert. Personen sind bei dem Verkehrsunfall nicht verletzt worden. Nach den inzwischen eingeleiteten polizeilichen Feststellungen soll der Chauffeur die Schuld an dem Verkehrsunfall tragen, welcher ein zu schnelles Fahrttempo eingeschlagen hatte.

Einige längere Auseinandersetzungen erforderten die

Wahl des Vormundschafsrates,

weil gewisse Mißverständnisse entstanden die der Gemeindepaprament eingehend erörterte. Darauf wurde der Vormundschafsrat in seiner bisherigen Zusammensetzung neu gewählt.

Nun folgte eine lange Diskussion in Sachen des gerichtlichen Schutzes für Kommunabramte, die bei Ausübung des Dienstes von Privatpersonen beschimpft oder illisch angegriffen werden.

Darauf einigte man sich auf den Vertrag, der mit der Wojewodschaftsbüro in Sachen der Unterbringung des Janower Polizeikommissariats im neu erbauten Rathaus geschlossen werden soll. Somit wird dafür ein Mietzins in Höhe von 120 Zloty Feuerzins in Höhe von 50 Zloty und für Lichtstromlieferung eine Summe von 39 Groschen pro Kilowatt verlangt. Der Vertrag wurde angenommen.

Für die Weiterentwicklung der Abraum-Veruchstation in Gieschewald wurde zur Errichtung einer eigenen

Versuchsgarmananlage

eine Summe von 300 Zloty bewilligt. In diesem Falle handelt es sich um die Bekämpfung des Kartoffelkrebes und der Gemüsetrankheiten, die auf dem Gelände um Gieschewald herum vorkommen. Die Kontrolle hat die technische Leitung bei der schlesischen Landwirtschaftskammer Abteilung zum Schutz der Pflanzen vorzunehmen in Teschen.

Engere Debatten folgten in Angelegenheit des Widerspruchs, der auf Befehl der Aufsichtsbüro gegen den Beschluß der Gemeindepaprament, betr. die Suspendierung der Kommunabramten, von der Zahlung der 3 Prozent Kommunabgaben zur staatlichen Einkommensteuer, erfolgte. Mit 16 gegen 1 Stimme bei 5 Stimmenthaltenen beschloß man, an dem bisherigen Beschluß der Gemeindepaprament festzuhalten.

Zum Schluß der Sitzung wurde von der deutschen Fraktion auf die schlechten Verhältnisse in Gieschewald aufmerksam gemacht und eine Aenderung gewünscht, was vom Gemeindepaprament akzeptiert wurde. Bemerk sei noch, daß bei den Debatten über die Unterbringung der Polizei im neuen Rathaus die deutsche Fraktion für eine freie Wohnmöglichkeit einsetzten ist, weil von der Polizei gleichfalls gewisse Gegendienste erwartet werden.

Gegen 6¼ Uhr abends wurde die Sitzung geschlossen. —h.

Dem Gesuch des Vereins für Bekämpfung der Tuberkulose, einen Jahresbeitrag pro Einwohner der Ortschaft von 10 Groschen abzuführen, konnte nicht stattgegeben werden, da dies eine außerordentliche Belastung von 1014 Zloty ergeben würde. Aus dem Dispositionsfonds von 400 Zloty, welcher zurzeit noch 200 Zloty enthält, sind einmalig 100 Zloty bewilligt worden.

Ein geriffener Geschäftsmann scheint der Hausbesitzer Niedniok von der ul. Spitalna zu sein. Es muß diesem geträumt haben, daß genannte Straße ein Privatweg ist. Da sie aber in seinem Grundstükkel führt, droht er die Straße zu sperren oder die Gemeinde verpflichtet sich 976 Quadratmeter a 15 Zloty, insgesamt 15 000 Zloty, zu zahlen und diesen Weg in eigene Regie zu übernehmen. Leider ist der Weg erst 28 Jahre in öffentlicher Benutzung; somit tritt ein Verjährungsrecht nicht ein. Geschieht ist die Straße ein Interessentenweg, der nicht vom Eigentümer gesperrt werden kann. Es wurde beschlossen, Niedniok anheim zu stellen, den Klageweg zu beschreiten. Richtig! Es gibt immer wieder Menschen, die in der Gemeinde die meißende Kuh erblicken.

Der Gemeindepaprament Vertreter Bendkowski von der N. B. R. tritt zurück; an seine Stelle rückt der Listennachfolger Jadowski. Die Feuerwehr bedankte sich handschriftlich für eine 300 Zloty betragende Subvention. Das Eisenbahndirektorium gab bekannt, daß die verschobene Eisenbahnüberführung an der bekannten Todesbarriere erst im nächsten Frühjahr zur Aufstellung kommt; die Brücke ist auf dem Scharleher Bahnhof in Abmontage begriffen und wird dann in Eichenau verwendet. Gemeindepaprament Schidlo moniert den großen Lichtverbrauch in den Gemeindepapramentstücken und Diensträumen. Kattowik zahlt eine Monatspauschale von ungefähr 400 Zloty, während die kleine Gemeinde Eichenau 450 Zloty blecht. In dieser Angelegenheit und anderen kleinen Anträgen auf abzustellende Mängel, versprach der Gemeindepaprament Abhilfe.

Die Deutsche Wahlgemeinschaft berührte die Eingemeindung von Eichenau zu Rosdzin-Schoppinik. Viele neu geschaffene Doppelgemeindepaprament scheint mit dem Essen Appetit bekommen zu haben und will den Ortsteil Buroniew annectieren, weil in diesem noch einige steuerzahlende Betriebe stehen; dies ist die Walter Croner-Hütte, eine Fabrik und eine im Neubau begriffene Eisenkonstruktionshütte. Den anderen Teil der interessellos ist, soll zu Siemianowik geschlagen werden, da es allein nicht lebensfähig wäre. Nach Einstellung der Georggrube ist zwischen Rosdzin-Schoppinik, Siemianowik und dem Landrat bereits dieserhalb verhandelt worden. Der Eichenauer Gemeindepaprament Vertreter ist gegen eine teilweise Eingemeindung. Aus der Debatte ergab sich, daß auch die Gemeindepaprament Vertreter und Schöpfen an eine Auflösung der Ortschaft nicht denken. Dieserhalb dürfte es noch einen harten Kampf geben. Man beschloß nach reichlichen Informationen diese Angelegenheit in der nächsten Sitzung noch einmal zu behandeln.

Zum Schluß verlangt Genosse Kaitwa von der D. S. A. P. Aufklärung, warum die Schule während der Wahlkampagne den Aufständischen als Stabsquartier gedient hatte und woher die Genehmigung dazu gekommen wäre? Hierüber konnte der Gemeindepaprament keine Aufklärung geben. Es scheint sich da um eine Eigenmächtigkeit der vorübergehenden Beherrscher der Ortschaft zu handeln. Interessant war auch die Anfrage, warum jetzt die Häuser auf Gemeindepaprament entkleistert werden. Dies wäre Sache der Schmierkolonnen?

Schluß nach 2½ Stunden.

Trübungen des Klassenbewußtseins

Von Otto Friedländer.

Der Kapitalismus schafft die Klassenlage der Arbeiterklasse, ihre Bewegung vermag erst das Klassenbewußtsein zu erzeugen, und dieses Klassenbewußtsein treibt auch sie wieder vorwärts. So besteht eine enge Wechselwirkung zwischen Arbeiterbewegung und Klassenbewußtsein — eine Wechselwirkung, die sich auch deutlich bei allen Trübungen des Klassenbewußtseins offenbart. Derartige Trübungen entstehen dann, wenn die Klasse sich in ihrer Struktur wandelt oder wenn sie in eine Situation gerät, in der ein eindeutiges Handeln faktisch entweder nicht erforderlich oder nicht möglich ist.

Für die bürgerliche Klasse besteht ein Klassenbewußtsein nur zeitweilig und stets in einer mehr oder weniger durchsichtigen Verhüllung. Die Seinslage des Bürgertums ist fast nie so dynamisch, daß der Entwicklungsprozeß den von ihm Betroffenen klar vor Augen treten könnte. Sie erkennen — bildlich gesprochen — ihre Bewegung nur so, wie der unmerklich auf einem Fahrzeug Dahingleitende die Fahrt am Wechsel der Landschaft abliest. Ihre Ideologie ist nicht auf Seinstatistiken, sondern auf deren sozialem Spiegelbild, auf Ideen aufgebaut. Am stärksten erscheinen diese Ideen seismäßig dann verankert, wenn das Bürgertum sich zu einer handelnden Gemeinschaft geistigt, die allemal eine Gemeinschaft gegen andere Klassen ist. Solche Erlebnisse stehen am Beginn der bürgerlichen Emanzipation, also in der Epoche des Kampfes gegen den Feudalismus, und auch in der spätkapitalistischen Epoche, in einem Augenblick, in dem jenes labile Gleichgewichtssystem der Klassen, wie es juristisch etwa auf stellenweise die Weimarer Verfassung einfängt, in Erschütterung gerät. Dann antwortet das Bürgertum durch die Errichtung diktatorischer Herrschaftssysteme, die überall dort ihm zur Notwendigkeit werden, wo Majoritätsbeschlüsse mangels jeglicher gemeinsamen Willensbasis scheitern.

Den Schichten, die sich in der Klassenlage der Bourgeoisie befinden und unter den gekennzeichneten Umständen auch an einem bürgerlichen Klassenbewußtsein teilhaben, sind außer den Unternehmern selbst auch all jene Kreise zuzurechnen, die soziologisch durch unternehmerartige Funktionen festgelegt sind, z. B. Angestellte, die andere anzustellen und zu entlassen vermögen, soziologisch oder möglicherweise auch nur sozialpsychologisch am Schicksal der Unternehmungsklassen interessierte Angehörige der sogenannten „freien“ Berufe und des Handwerkerstandes, sowie bestimmte, nicht nur ideologisch und sozialpsychologisch mit ihr verbundene, sondern auch oft soziologisch von ihr abhängige Beamtenschichten.

Die Frage, ob und inwieweit das Bauerntum heutzutage als eine geforderte Klasse anzusprechen ist, soll in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden. Die Bewußtseinslage des Bauerntums wird nicht zuletzt davon bestimmt, ob die eigenen Produktionsverhältnisse noch die handwerkartige Unabhängigkeit gestatten, ob sie unter dem Druck großbetrieblicher Konkurrenz stehen oder ob die genossenschaftliche Organisationsform sich bereits weitgehend und auch für das Denken dominierend durchgesetzt hat. Gerade im letzteren Falle ist unter Umständen sogar eine wohlwollende Neutralität des Bauerntums gegenüber einem Wechsel der Klassenherrschaft durchaus möglich, da der Bauer nicht direkt an dem Privateigentum über industrielle Produktionsmittel interessiert ist, sondern lediglich an der Chance, unter Wahrung der eigenen Selbständigkeit die Produkte möglichst billig zu erhalten. Ist also das Bürgertum von vornherein nur von einem verhüllten Klassenbewußtsein erfüllt, so ist das Klassenbewußtsein des Bauern überhaupt nicht dynamischer Art, sondern lediglich statisch und reflexiv.

Ganz andere Möglichkeiten sind für eine Trübung des Klassenbewußtseins beim Proletariat gegeben. Die Ursachen können soziologischer, sozialpsychologischer und ideologischer Art sein.

Die soziologischen Faktoren sind von verschiedenster Art. Im Vordergrund steht jene Ungliederung der Arbeiterklasse, die gewissen Wandlungen im Arbeitsprozeß selbst zu danken ist. Die Mechanisierung der Arbeit schafft einen sich ständig steigernden Unterschied zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern. Sie schafft zugleich den proletarisierten Angestellten und Handwerker. Zu der wachsenden Differenz zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern tritt eine in ähnlicher Weise verlaufende Differenzierung zwischen Organisierten und Unorganisierten und in Zeiten wirtschaftlicher Dauerkrise eine weitere zwischen diesen beiden Kategorien und den Arbeitslosen. Ist der

ungelernte Arbeiter im Gegensatz zu dem Gelernten zu einer unkomplizierteren Betrachtungsweise wirtschaftlicher Zusammenhänge geneigt, so wird der Arbeitslose bei der peinlichen Ausichtslosigkeit seines Schicksals oft zum Erlösungsgläubigen.

Neben diesen, technischen und wirtschaftlichen Faktoren zuzurechnenden Einwirkungen schafft auch die Wandlung der Staatsform und der Staatsaufgaben gewisse Veränderungen in der Bewußtseinslage der durch sie in ihrem Sein und Handeln bestimmten Menschen. Die moderne Sozialpolitik bringt von seiten der Sozialversicherung, des Tarifwesens, der Betriebsverfassung ebenso wie von seiten der gewerkschaftlichen und politischen Organisation, sowie durch die Tätigkeit des Arbeitnehmers als öffentlicher Funktionär in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung eine ganz außerordentliche Beeinflussung der Bewußtseinslage mit sich. Sie hemmt manche Methoden der Gegenwart, und sie schafft zugleich ein Verantwortungsbewußtsein nicht nur gegenüber der eigenen Klasse, sondern auch gegenüber, der durch das eigene Handeln mitbetroffenen Schichten im anderen Klassenlager. Der einzelne wird so, ohne den eigenen Boden zu verlassen, gewissermaßen mit einem Teil seines Selbst neu angegliedert. Das kann insbesondere bei solchen Funktionen öffentlicher Körperschaften, die auf die Dauer der Arbeit in der Klasse ferngehalten werden, zu der Illusion führen, sich gewissermaßen als dritte überparteiliche Sonderinstanz zu fühlen und die Macht des Büros aufzurichten zu wollen: Die Wendung des Funktionärs zum Bürokraten.

Auf der anderen Seite kann diese stärkere Anteilnahme eines Teils der Arbeiterklasse und vorzugsweise der in gehobener Lebenslage befindlichen all jener durch den technischen, wirtschaftlichen und im weitesten Sinne sozialen Prozeß gänzlich „Ausgesteuerten“ zu einer Verneinung führen, die in ihrem bis zur Anarchie übersteigerten Radikalismus zeitblind wird.

Zu diesen soziologischen Ursachen treten nicht minder wichtige sozialpsychologische Reflexe. Entscheidend für ihre Stärke und Art sind die Lebensverhältnisse des einzelnen Arbeitnehmers. Beispielsweise ist seine Einstellung von vornherein unterschiedlich, je nachdem, ob er eine Wohnung, ein Heim oder eine „Blöße“ sein eigen nennt. Sie ist ferner unterschiedlich je nach der Art seines Haushaltsetats. Von der Erfüllung sämtlicher Kleinbürgerlicher Bedürfnisse und der Anpassung an die damit verbundenen Lebensgewohnheiten und Anschaffungen hängen sich die Möglichkeiten seines Etats bis zu dem aufreibenden Kampf um die tägliche Existenz. Der Spielraum seines Etats bedingt auch das kulturelle Sein des Proletariats. Es schwankt in seiner restlosen Nachahmung bürgerlicher Kultur zwischen den beiden Polen: des gehobenen Arbeiters, der sich selbst im Kleinbürgertum akklimatisiert (Sternheims Bürger Schipfel) und des ungelerten Arbeiters oder gar des Arbeitslosen, der zu selbständiger Kulturbereitschaft materiell und ideell nicht frei steht und sich unbedenken die Broden von der geistigen Tafel des Bürgertums halet (der kritiklose Kinobesucher, der Schundromaneser usw.). Mißglückte Versuche, aus diesem polar entgegengesetzten, aber im Effekt ähnlichen Situationen herauszukommen, sind auf der einen Seite ein aus den Händen gewisser Hornbrillen-Intellektuellen unbedenken in Empfang genommener, expressionistisch verzerrter „Proletkult“.

Zu den Möglichkeiten, die aus einer unklaren soziologischen Situation und aus ihren nicht minder verschwimmenden sozialpsychologischen Reflexen herrühren, tritt eine dritte, die allemal dann entstehen kann, wenn die soziale Erfahrung geistig zur Ideologie verarbeitet wird. Typische Fehlleistungen bei der Schaffung solcher Ideologien können erwachsen aus einem Traditionalismus des Denkens, aus seinem Schematismus und seiner Indifferenz.

Traditionalismus des Denkens bringt es mit sich, daß überkommene Vorstellungen kritiklos zum Maßstab neuer Situationen genommen werden, in denen die dauernde Bewegung des sozialen Seins das Bewußtsein zu andersartigen Schlüssen führen müßte. Ein Schematismus wird dann Platz greifen, wenn eine Vereinfachung und unzulässige Verflüchtigung sozialer Entwicklungsreihen im Bewußtsein vorgenommen wird, um sie so gewohnten Denkmöglichkeiten anzupassen, anstatt das Denken der neuen Seinslage elastisch anzugleichen. Die Indifferenz, d. h. die Auserachtlassung neuer Bewußtseinsstatistiken, ist stärker als Traditionalismus und Schematismus, die beide mehr

der Gewohnheit als einer selbständigen Stellungnahme entspringen, einem Willensakt negierender Art zu danken. Man stößt mit einer gewissen Schuldhaftigkeit die Möglichkeit bei Seite, den Scheinwerfer des Bewußtseins auf bisher unbekannte Tatsachen zu lenken, ganz einfach deshalb, weil man zu bequem ist, die so fürs erste erhebende Bewirrung zu meistern. Alle drei Faktoren: Traditionalismus, Schematismus und Indifferenz trüben sie aufs stärkste die Bewußtwerdung sozialer Erfahrungstatistiken in dem Augenblick, in dem sie zu geistigen Gesamtzusammenhängen, zu Ideologien verarbeitet werden sollen.

So kommt es, daß innerhalb der Arbeiterbewegung heute drei Ideologien Platz haben, die jeweils mehr oder weniger den genannten Faktoren ihre Existenz zu danken haben: die Volksgemeinschaftsideologie, der Vulgärmarxismus und jene Momente im Leninismus, die am besten mit Neu-Boluninismus bezeichnet werden, die also den Glauben an die äußere Gewalt dem typisch marxistischen, ökonomischen Denken gegenüberlegen. Diese Einstellung ist verständlicherweise ebenso dem ungelerten Arbeiter, der unkompliziert und daher im Grunde auch mechanisch denkt, verhältnismäßig nahe und mit einem bestimmten religiösen Unterton (die Weltrevolution!) auch dem Paria der modernen Wirtschaftsordnung, dem dauernd Erwerbslosen heilig wie ein Erlösungsglaube.

Die Volksgemeinschaftsideologie trägt typisch kleinbürgerlichen Charakter und ist ja auch die Verbrämung aller korporativen und faschistischen Gedankengänge, die letztlich darauf hinausmünden, die Pyramide des sozialen Seins auf der Basis der heutigen Herrschaftsordnung zu stabilisieren. Der vom Kleinbürgertum zum Proletariat nur langsam Vorstößende bringt die Kräfte solcher Ideologien noch mit. Der im Kleinbürgertum akklimatisierte Proletarier verfällt ihnen allzu leicht. (Beispiel: jene erste Arbeiterstudenten, die glaubten, den Klassenkampf durchs Abitur zu überwinden und ihren individuellen Aufstieg mit dem Aufstieg ihrer Klasse verwechselte.) Bei ihnen entsteht ein ungerechtfertigter Optimismus, der vergißt, daß Konzeptionen, die man erhält, keine Eroberungen sind, die man erkämpft.

Die dritte und verhältnismäßig verbreitetste Form, in der das getriebene Klassenbewußtsein sich zu einer Ideologie zu gestalten sucht, ist der Vulgärmarxismus, ist ein Fatalismus, der die etwas billige Auskunft gibt, daß alles schon von selbst irgendwann und irgendwie so werden müsse, wie es zum Besten und zur Befreiung des Proletariats notwendig sei. Dieser Fatalismus hindert aber gerade jene Aktivität, die unter Anpassungen an die jeweiligen Bedingungen wirksam jene ungeheuer vielfältigen Aktionen in die Wege zu leiten vermag, deren Gesamtheit rückwärtend als Funktion und Erscheinung eines dauernden Klassenkampfes zu erkennen ist.

Alle Strömungen des Klassenbewußtseins, mögen sie aus der soziologischen Situation bestimmter Proletarierfraktionen, aus ihrer sozialpsychologischen Einstellung — wobei gewisse völkerverpsychologische Differenzen nicht übersehen werden sollen — und auch aus der ideologischen Verarbeitung der Bewußtseinstatsachen fließen, haben eine gemeinsame Folge: Sie verzerren die Perspektive des Lagebildes. Eine Bewegung, die ein von allen Trübungen freies Klassenbewußtsein zum Ausdruck bringt, muß demnach zweierlei sein: seinsgebunden und zielklar. Seinsgebunden heißt: niemals von Ort und Zeit abstrahieren, sondern innerhalb der jeweiligen historischen Situationen berufen, die für den Befreiungskampf des Proletariats günstigsten Vorbedingungen zu schaffen. Zielklar heißt: wissen, wofür die Vorbedingungen zu schaffen sind, nicht also eine Utopie vor Augen haben, sondern ein Korrektiv der Gegenwart. Politik ist die Kunst des Möglichen, ihr Ziel allemal das noch nicht Mögliche, nicht das Unmögliche.

Gemüt

In ein Schuhgeschäft einer badischen Stadt kommt eine Frau vom Lande zum Einkauf, und es entspinnt sich während des Kaufes zwischen dem Geschäftsinhaber und der langjährigen Kundin folgende Unterhaltung:

„Wissen Sie schon, daß mein Mann tot ist?“
„Nein! An was ist er denn gestorben?“
„Von einem Auto totgefahren worden.“
„Na da haben Sie wohl eine schöne Entschädigung bekommen?“
„Ahren will ich's sagen, hab' noch mit niemand darüber gesprochen: 3000 RM.“
„Das ist aber sehr wenig für ein Menschenleben!“
„Ja wissen Sie, er war schon achtundsiebzig Jahre alt und ich hab doch nicht mehr viel mit ihm anfangen können.“ (Simpl.)

Boston

Roman von Upton Sinclair

181

„Wir sind Kapitalisten,“ sagt er lächelnd und zeigt auf die Reihe der von der Arbeit zurückkehrenden Gefangenen. (Zum Tode Verurteilte erhalten keine Arbeit.) „Wir haben ein Heim, haben zu essen, aber wir arbeiten nicht. Wir sind unproduktiv, — leben von anderer Menschen Arbeit. Freunde der Freiheit würden Leute wie Nik und mich beschimpfen.“

Sacco lacht vor Vergnügen. Der Begleitbeamte macht eine bezeichnende Geste. Plötzlich kommt einem zum Bewußtsein, daß diese beiden Männer auf einem hölzernen Stuhl sitzen sollen, gerade wenn die Welt sich für ihre Sommerfeiertage rüsst.

Sacco und Banzetti sehen den neuen Ausdruck in der Miene des Besuchers und begreifen. Sie lächeln, ernst, teilnahmsvoll, wie erwachsene Menschen über eines Kindes Sorgen lächeln.

„Wäre es nicht gekommen, wie es kam,“ sagte Banzetti, „ich hätte mein Leben damit verbracht, an Strageneden zu Menschen zu sprechen und Empörung unter sie zu tragen. Ich wäre vielleicht gestorben im Dunkel, unbekannt, ein verfehltes Dasein. Nun haben wir nicht umsonst gelebt. Dies ist der Sinn unseres Daseins und unser Triumph. Niemals in unserem ganzen Leben hätten wir hoffen können, so viel für Gerechtigkeit, für Toleranz und dafür zu leisten, daß die Menschen einander verstehen lernen, wie jetzt durch diesen Zufall.“

Unsere Worte — unsere Schmerzen — unser Leben — nichts! Das Leben, das man uns nimmt — das Leben eines guten Schuhmachers und eines armen Fischhändlers — alles! Dieser letzte Augenblick, der gehört uns: — diese Agonie ist unser Triumph!“

Banzetti sprach diese Worte einfach und ohne zu deklamieren.“

Tränen standen in Cornelias Augen, als sie zu Ende gelesen hatte. „Oh, wie schön! Wie schön!“ Und als Joe später am Tage zu ihr kam, zeigte sie ihm den Ausschnitt. „Das sind

wunderbare Worte, — die beiden letzten Absätze. Ob du sie nicht noch einmal bringen könntest, damit die Leute sie lesen?“

Joe erwiderte, er werde es versuchen. Um der Sache einen dramatischen Anstrich zu geben, setzte er als Überschrift darüber: „Banzetti an seine Richter“. Die beiden Absätze wurden aufgeführt, in der Arbeiterpresse abgedruckt und verwandelt sich gleichsam in ein geistiges Testament Banzettis, ein untheologisches Gebet, das seine Freunde bei sich trugen und lasen, in der Stunde seines Todes und auch späterhin.

William G. Thompson legte die Verteidigung nieder. Wieder hatte ein Anwalt Mißerfolg gehabt, wieder hatte ein Anwalt sich Feinde gemacht und dachte nun, es würde Sacco und Banzetti nützen, wenn er den Weg freigäbe. Aber auch diesmal trat klar zutage: die Ursache dieses Schicksals waren einzig und allein Sacco und Banzetti. Der neue Anwalt, wer immer er sei, würde ebenso verhaßt sein wie der alte.

Sie richteten sich nach Cornelias Rat und holten sich wieder einen Anwalt aus den alten Familien, Mr. Arthur Dehon Hills, Silberhaar, rötliche Wangen und eine Haltung von vollendeter Sicherheit. Er war so korrekt, daß er sich's leisten konnte, über seine Korrektheit zu scherzen. Als ein echter „alter Bostoner“ war er der Ansicht, daß jeder Verbrecher, sogar ein Anarchist, Anspruch auf ein unparteiisches Verfahren habe und — im Rahmen der juristischen Möglichkeiten — auf die besten und ehrlichsten Dienste eines Anwalts. Zu seiner Überraschung aber mußte er entdecken, daß viele Personen, sogar Rechtsanwältinnen, sein Verhalten und seine Bereitwilligkeit, diese Feinde der Gesellschaft zu verteidigen, durchaus mißbilligten.

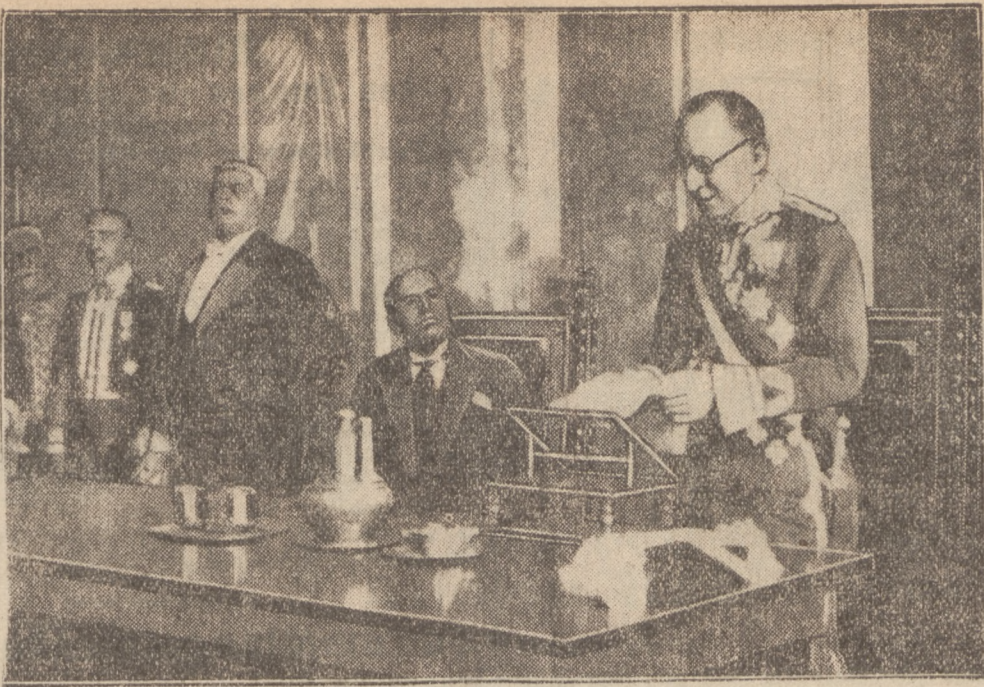
Am Sonnabend, dem sechsten August, begann er mit seiner Arbeit; und Mittwoch, den Zehnten, nachts sollten seine Mandanten sterben: eine etwas knappe Frist für die Bewältigung eines so verwickelten Falles! Er begann mit einer Petition an den Gouverneur um einen Aufschub der Hinrichtung. Und die Antwort des Gouverneurs: Schweigen. Er stellte einen Wiederaufnahmeantrag an Richter Thayer, auf Grund neu herbeigeschafften Beweismaterials und zugleich — welsch köstliche Eingebung! — auf Grund der Behauptung, daß das Verfahren

gegen Sacco und Banzetti nicht unparteiisch gewesen sei, — wegen Befangenheit des Verhandlungsrichters! Richter Thayer war bereit, seine Golspartien zu unterbrechen und Montag früh im Gerichtsgebäude von Dedham zu erscheinen, um zu entscheiden, ob Richter Thayer in der Sache Sacco-Banzetti besangen gewesen sei!

Ferner richtete Mr. Hill einen Appell an Richter Sanderlan vom Obersten Gerichtshof und versuchte noch einmal, einen Antrag vor das Plenum des Gerichtshofes zu bringen. Genug Rennerlei für einen Menschen, besonders, da sämtliche Gerichte am Sonnabend um zwölf Uhr mittags schließen. Er hatte zwei Selber: Elias Field und Michael Ansel Musmanno, einen jungen Anwalt, den einige italienische Vereinigungen aus Pittsburg geschickt hatten. In Musmanno, einem naiven und warmherzigen Menschen, einem konservativen Katholiken, war eine warme Zuneigung zu diesem anarchischen Reher und diesem Atheisten erwacht, und er war verblüfft über den Haß, den das liebevolle Boston seinen Mandanten entgegenbrachte. Drei siebzig Wochen lang saßte der junge Anwalt in wilder Höhe durch Neu-England und Kanada, im Automobil und manchmal auch im Flugzeug, auf der Jagd nach Richtern des höchsten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, die sich in Urlaub befanden.

Streitigkeiten im Sacco-Banzetti-Komitee: Fraktionen bekämpfen einander, die Radikalen verhöhnen die Konservativen. „Jetzt habt ihr's! Ihr habt euren ehrenwerten Wockaten gehorcht! Ihr seid brav gewesen und habt keinen Lärm gemacht, ihr habt euch auf den Rechtsweg verlassen, — und was habt ihr damit erreicht? Hättet ihr auf uns gehört, dann hätten wir das Geld dazu verwendet, an die Arbeiterklasse zu appellieren, dann könnten wir jetzt einen Generalstreik haben, und die beiden wären gerettet!“ Aber die Konservativen waren auch jetzt noch nicht einverstanden. Mr. Evans hielt es für notwendig, sich der Entscheidung des Gouverneurs zu beugen, während die Kommunisten im ganzen Land die Massen zum Streik aufrufen wollten. Unmöglich, sich auch nur über einen einzigen Punkt zu einigen. Und inzwischen verflüchteten im Ticken der Uhr die Minuten und Stunden des Lebens der Opfer!

(Fortsetzung folgt.)



Marconi — Präsident der Akademie Italiens

Marquis Marconi (rechts stehend), der große italienische Elektrophysiker und Erfinder, bei seiner Antrittsrede als neugewählter Präsident der Akademie Italiens im Palazzo Farnesina in Rom. (Sitzend Ministerpräsident Mussolini.)

Umgang mit Kamelen

Der nachfolgende Artikel ist dem im Verlag von Stroeder u. Schröder in Stuttgart erschienenen Buch „Sahara“, „Durch Wüstenland und Sonnenglut von Agnes Buchanan, entnommen. Von Lagos am Golf von Guinea über Zinder hinaus durchquert der Verfasser auf beschwerlichem Karawanenzuge das Gebiet des Nigers. Die jahrelang regenlos bleibende, glutgebrannte Sahara, der das letzte Pflanzenleben ertötende Wüstensturm, Jagden auf Antilopen und Strauße erscheinen in jessenden Episoden.

Die Kamel vom Hausaland und dem Territoire Militaire du Niger gehören zur einhöckerigen Rasse. Sie werden „Kazumi“ im Hausa und „Alum“ im Tamashad genannt und sind die eigentlichen Transporttiere des Landes. Es ist schwer, sich vorzustellen, wie die Bewohner der inneren Sahara ohne Kamel existieren könnten, denn sie sind die einzigen Tiere, die sich wirklich zu langen Reisen in einem dünnen Lande eignen, wo Wasser und Nahrung oft fehlen. Die Entfernungen, die sie mit einer Ladung von drei bis vier Zentnern zurücklegen können, und ihre geduldige Ausdauer sind bewundernswürdig.

Esel und Ochsen können nur auf nicht allzu beschwerlichen Wegen gebraucht werden. Die Esel haben in ihrer Geduld und Ausdauer einige von den empfehlenswerten Eigenschaften der Kamel und sind, wenn nicht zu schwer beladen — hundert bis hundertfünfzig Pfund ist eine angemessene Ladung für sie — fähig, längere Reisen zu bewältigen, obgleich sie langsamer vorwärts kommen. Der Wert der Ochsen als Lasttiere ist dagegen geringer. Sie genügen selten auf einer weiteren Reise, denn sie gewöhnen sich nicht gut an ihre Arbeit und brechen oft mutlos zusammen, wenn sie in der Tageshitze, die auf Kamel wie Esel wenig Einfluß hat, eine Last längere Zeit tragen müssen.

Da wir und der Teil des Territoire Militaire, durch den meine Reise mich führte, die Heimat des Kamels ist, und da ich Hunderte von Meilen mit diesen prächtigen Tieren reiste, dürften vielleicht einige Bemerkungen über sie angebracht sein.

Der Marktpreis von Kamelen betrug im Jahre 1920 zu Kano und Agades etwa hundertundsechzig Mark für ein junges vierjähriges Tier und etwa dreihundert Mark für ein ausgewachsenes im Alter von neun bis fünfzehn Jahren. Obgleich die Preise seit dem Kriege beträchtlich in die Höhe gingen, wie alles selbst in diesen abgelegenen Gegenden, müssen sie niedrig erscheinen, wenn man in Betracht zieht, daß Kamel acht bis zehn Jahre lang Pflege und Abnutzung beanspruchen, bevor sie ihre volle Reife erreicht haben und wirklich geeignet sind, sich Karawanen anzuschließen und ihrem Eigentümer zu nützen. Bei einer Gelegenheit sah ich, daß ein kleines, etwa vierjähriges Kamel von einem jungen Tuareg geritten wurde. Das ist eine große Dummheit, denn aller Wahrscheinlichkeit nach wird dadurch die letzte Entwicklung des Tieres verhindert. Sechsjährige Kamel werden für kurze Reisen als genügend entwickelt angesehen, aber die volle Reife erlangt das Tier selten vor dem achten, neunten oder zehnten Jahre, während es sich um das fünfzehnte Lebensjahr im besten Alter befindet. Danach fängt es an, etwas nachzulassen, doch sind die Tiere bis zu ihrem zwanzigsten Jahr und darüber hinaus noch ganz brauchbar und stark, werden jedoch im Alter von dreißig Jahren für die Arbeit gänzlich unbrauchbar.

In der Färbung gibt es beträchtliche Verschiedenheiten. Die gewöhnliche Spielart unseres Gebietes ist helllederbraun, etwa sandfarben, während scheidige und gesprenkelte Tiere ebenfalls zahlreich vorkommen. Die letzteren haben unregelmäßige weiße Flecken auf einem Grunde, der hauptsächlich ein trübbleifarbenes, schwärzliches Grau zeigt. Diese scheidigen und gesprenkelten Tiere sollen eine Air-Rasse sein, doch konnte ich nicht feststellen, wieweit das zutrifft, obwohl ich in den Bergen von Air mehr Kamelkälber von dieser als von einer anderen Farbe gesehen habe. Ueberdies ist es eine glänzende Schußfarbe gegen den bergigen Hintergrund von schwärzlichem Fels mit hellen Sandflecken, was zugunsten dieser Vermutung sprechen würde. Eine unter den Kamelen nicht häufig vorkommende Farbe ist ein reines Weiß, während die eines lebhafte lachfarbenen, rötlichen Leders ganz selten ist. Ich habe eine ganze Anzahl Tiere von der ersteren Farbe gesehen, aber nur zwei von der letzteren.

Bei der Zusammenstellung einer Karawane weiß man nie, ob man Tiere von guten oder schlechten Eigenschaften erhält. Man muß eben die schlechten Tiere mit in Kauf nehmen und sich mit den Unannehmlichkeiten beim Satteln und Laden abfinden, denn es hat wohl noch nie eine Karawane ohne störrische Tiere gegeben.

Für die Jagd ist das Kamel außerordentlich brauchbar, da es sehr geräuschlos schreitet, doch sollte man bei der Auswahl mit größter Sorgfalt vorgehen und nur sanftmütige und erprobte Tiere nehmen, die nicht schreien, wenn man absteigt, um die Verfolgung von sicherem Wild aufzunehmen.

Das häßliche, jaht möchte man sagen, hölzernen aussehende Tier zeigt nicht viel Intelligenz. Aber dieser Schein trügt. Wer ein wirklich gutes Jagdkamel erwerben will, dem kann ich nur empfehlen, ein gutgeartetes Tier aus Reich und Glied auszuwählen, es aus der Hand mit kleinen Lederbissen zu füttern, beim

Eine alltägliche Geschichte

In einer sehr angesehenen bürgerlichen Zeitung, die ihren Lesern gelegentlich in wohlhabenden Portionen auch für das soziale Bewußtsein bestimmten Stoff vorsetzt, immer ruhig und vornehmlich, daß aus Mitleid und mildgestimmten Herzen keine Frage an die Unfehlbarkeit der gegebenen Ordnung erwache, in dieser Zeitung also fand sich kürzlich die Schilderung eines Falles, der unter der Ueberschrift „Gegen die Hartherzigkeit“ abgehandelt wurde. Kann man von der genannten Zeitung keine soziale Konsequenz erwarten, so gilt sie doch für so zuverlässig in ihrer sachlichen Berichterstattung, daß der Fall ohne weiteres als Tatsache hingenommen werden muß.

Fräulein U. trat danach im Alter von zweiundzwanzig Jahren 1879 als Arbeiterin in eine Fabrik ein und tat dort dreiunddreißig Jahre lang ihren Dienst. Dann, man schrieb 1912, wurde das Werk organisatorischen Veränderungen unterworfen, und Fräulein U. gedachte die Gelegenheit wahrzunehmen, um in ein anderes Unternehmen sich zu verbeßern. Die Direktion indessen wollte die Dienste einer so treuen Mitarbeiterin nicht missen, sie verhandelte daher mit ihr bis zu dem Ergebnis, daß Fräulein U. unter Erhöhung ihres Lohnes und Beförderung der Firma erhalten blieb, die überdies für das Alter einer so verdienten Arbeitskraft zu sorgen versprach. Fräulein U. arbeitete nochmals 18 Jahre in ihrem Betrieb. Es kam das Jahr 1930 und die Kündigung. Da dachte sie, daß es genug sei, sie sich einen ruhigen Lebensabend ja auch wohl verdient habe und nahm die Kündigung an. Die Direktion aber setzte ihr für die drei dem Termin der Kündigung folgenden Monate je 75 Mark als Beihilfe aus. Fräulein U., so berichtet das genannte Blatt, erschrak. Dann fragte sie: „Und was soll nach diesen drei Monaten aus mir werden?“ „Ja“, sagte der Direktor, und mehr sagte er nicht. Und dann ging Fräulein U., die 51 Jahre treu und brav für ihre Chefs gearbeitet hatte, gegen sie aufs Arbeitsgericht. Dort hat sie, in einem schwarzen Kleid, ein mitleidswertes Opfer eigener Lammgambuld, der Berichterstattung wehnen und er hat seinem Blatt darüber einen Artikel geschrieben, dessen Schluß lautet:

„Es könnte nun sein, daß uns freundliche Leser Geld für die Betroffenen überreichen möchten. Das ist aber nicht der Zweck dieser Zeilen. Sie richten sich nicht an das Herz unserer Leser, sondern an ein zuständiges Ministerium und jene Männer, welche die Gelege geben.“

Dies ist der Fall des Fräuleins U. Aber ist es nicht noch mehr der Fall des so angesehenen bürgerlichen Blattes und seines Berichterstatters? Da stehen sie vor einem Scherbenhaufen und es dauert sie, joviell Trümmer zu sehen, wo sie den herrlichen Bau einer sittlichen Kulturwelt zu sehen vermeinten. Da fällt ihr Blick auf eine menschliche Ruine, wankend gemacht durch den späten Zweifel an der Gerechtigkeit des Bestehenden, und da kein verkumpfter Prolet, sondern eine wohlhabend verarmte alte Dame sich ihrem Auge präsentiert, ergreift ihr Herz der Schauder vor der Hartherzigkeit der Menschen, der Menschen ihres eigenen

Auf- und Absteigen zu liebkosen und es durch keinen sonst fädeln oder reiten zu lassen. Mit Staunen wird man dann halb entdecken, daß man einen nützlichen und folgamen Kameraden gewonnen hat. Der Erfolg der Jagd wird durch das Geschrei der Tiere leicht vereitelt, denn sie schreien in der Tat fürchterlich und bei der geringsten Veranlassung. Sie sind sehr fürchtlich, und ihre Haut ist außerordentlich empfindlich. Fast alle Tiere lassen deshalb ein lautes Klagegeschrei hören, sobald sie durch eine menschliche Hand berührt werden, oder wenn der Sattel sich beim Auf- und Absteigen auch nur im geringsten verschiebt. Leidet aber ein Tier an den schrecklichen, faulenden Sattelwunden, wie sie sehr häufig vorkommen, so wird es sicher ein entsetzliches Geschrei erheben, schon wenn man sich ihm nähert.

Das Laden der Kamel beginnt in der Regel vor Tagesanbruch, so daß man noch vor Sonnenaufgang — etwa um sechs Uhr dreißig vormittags — oder, besonders bei Mondschein, um zwei oder drei Uhr nachts auf dem Marsch ist, um während des größten Teils des Tages unbelästigt von der erschöpfenden Hitze zu reisen. Im letzteren Fall werden die sich an dem Laub der Akazienbäume labenden Kamel beim Sonnenuntergang zum Lagerfeuer zusammengetrieben. Dort läßt man sie sich niederlegen, damit sie bereit sind, wenn die Treiber in der Dunkelheit an die Arbeit gehen. Kommt dann die Stunde des Ausbruchs heran, so wird ein helloderndes Holzfeuer entfacht und beim Licht der Flammen die Ladung fest und sicher verschürzt und quer über die Packsäcke gelegt, so daß die Last auf beiden Seiten gleichmäßig verteilt ist. Während der ganzen Zeit, die diese Arbeit in Anspruch nimmt, wird die Stille der Nacht im Busch durch das tiefe, klagende Gebrüll der Kamel, die sich gegen die Vergewaltigung auflehnen, rau unterbrochen. Das Aufladen in dem trüblichen Licht der Nacht geht sehr langsam vorstatten. Auf meiner Reise brauchten drei oder vier Mann gewöhnlich eine bis anderthalb Stunden, um zehn bis fünfzehn Kamel zu beladen. Aber es ist das Geheimnis, das eine glatte Reise verbürgt, die Tagestour mit gut gesicherten und gleichmäßig verteilten Ladungen zu beginnen, damit sie das Tragtier nicht belästigen können.

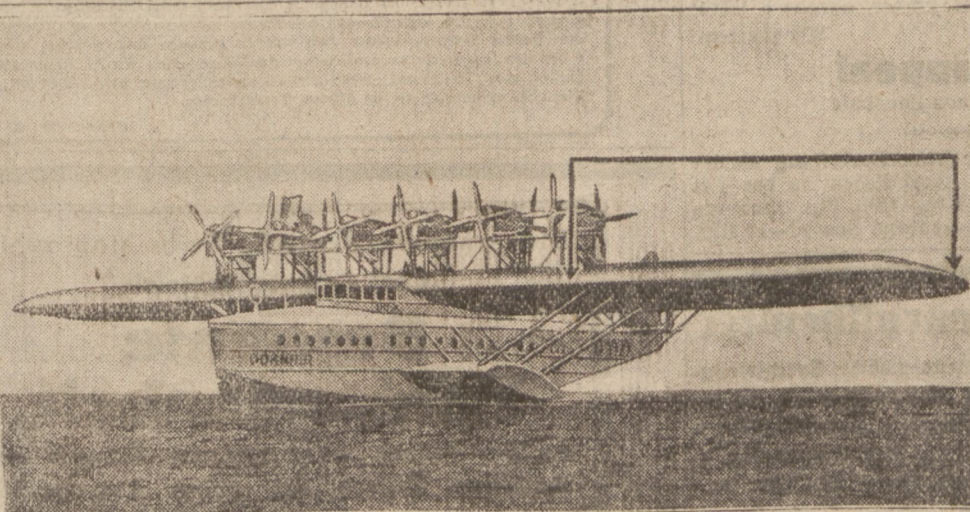
Standes, ihrer eigenen Klasse, ihrer eigenen Bildung. Und sie sprechen es aus, um im nächsten Augenblick zu fühlen, daß ihnen die Kraft zum Protest fehlt und was herauskommt nichts ist, als ein Ruf nach Almosen. Und sie verwahren sich schnell dagegen und werfen ihre erwartungsvollen, auswichenden Blicke nach oben, wo Ministerien und Gesetzgeber thronen. Und betäuben sich selbst mit einem erschreckenden Fluch: „Angewandte Hartherzigkeit kann Schurkerei sein.“ Aber die es hören sollen, hör n es nicht, und Fräulein U. ist damit nicht geholfen. Ihr Weltbild hat einen Sprung.

Wir wollen dem sehr angesehenen Blatte eine Gegengabe widmen für die Schilderung des Falles U. Denn diese Schilderung ist wirklich ein Dokument unserer Zeit. Ein anderes Dokument, 3 hn Jahre älter als das 73 jährige Fräulein U., wäre dazu besonders geeignet. Die Verfasser heißen Karl Marx und Friedrich Engels und ihre Schrift nannte sich: „Das kommunistische Manifest“. Da steht es, nicht so ruhig und vornehm, nicht so vornehmlich und zurückhaltend im Stil wie die Berichte des angesehenen Blattes, gleichwohl aber wahr:

„Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig, zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabzusenken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden.“

Das Weltbild der Marx und Engels ist älter als das des Fräuleins U. Aber es hat keinen Sprung bekommen. In allen Damen, die mehr als fünfzig Jahre arbeiten, ohne an den Kämpfen ihrer Klasse teilzunehmen, von der sie vielleicht gar nichts Rechtes wußten, taucht es geistlich auf, es geistert durch die Spalten der bürgerlichen Presse und läßt sich weder durch Kraftworte noch durch Hilferufe beschwören. Das Fräulein U. wird hoffentlich einen ruhigen und von äußerer Not nicht berührten Lebensabend haben. Wir wünschen es ihr. Aber wir wünschen auch, sie nutze die Muße ihrer alten Tage, um nachzudenken, was sie über lauter Treue und Fleiß für ihre Firma versäumte: sich umzusehen in dieser herrlichen aller Welten. Auf dem Arbeitsgericht war sie schon. Vielleicht geht sie nun auch einmal zum Arbeitsamt. Vielleicht auch einmal in eine Versammlung der arbeitenden Frauen. Vielleicht wird sie dann ihr arbeitsreiches Leben nach der Enttäuschung, mit der es endete, krönen durch die Erkenntnis, daß nicht Hartherzigkeit und nicht Schurkerei einzelner gegen sie stand, sondern eine Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die barbarisch ist, und die ersetzt werden muß durch eine andere, bessere, die jedem, der der Gemeinschaft dient, ein Menschenleben in Würde sichert.

Walter Victor.



Zum Brande auf „Do X“

Auf dem im Hafen von Lissabon liegenden deutschen Flugzeug „Do X“ setzte ein aus einem Hilfsmotor stammender Funke die Stoffbespannung der linken Tragfläche in Brand. Das Feuer konnte gelöscht werden, bevor die Tragflächenkonstruktion oder die Motoren in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Pfeilkammer bezeichnet den vom Feuer betroffenen Flügelteil.

Bermischte Nachrichten

Lustige Theater-Anekdoten.

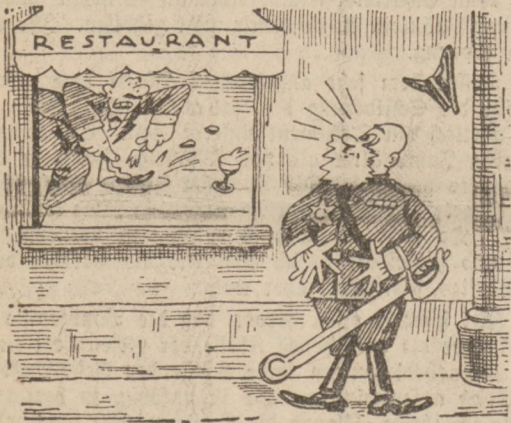
Udele Sandrock, die immerhin eine Siebzigerin ist, erklärte eines Tages auf einer Probe, die wieder einmal bis in die späte Nacht gedauert hat: „Also das ist das letzte Mal, daß ich eine Nachprobe mitgemacht habe. Meine Schwester Marianne hat mich lehtens ausgehimpft, weil ich so spät nach Hause kam; sie sagt, das schickt sich nicht für mich, und will mich vom Theater fortnehmen, wenn ich unsolide bin.“

Die Komikerin, die trotz ihres Alters über ein nicht alltägliches Temperament verfügt, geriet eines Tages mit ihrem Regisseur wegen der Auffassung einer Rolle in Meinungsverschiedenheiten, die zu einer heftigen Auseinandersetzung führten. Plötzlich drehte sich Udele unbeschreiblich würdevoll ab und erklärte: „Wenn ich nicht eine so vollendete Dame wäre, würde ich jetzt sagen, sie sollten mich...“

Harry Waldau, der berühmte Bonvivant und erste Karlheinz in „Alt-Heidelberg“, stand vor dem Scheidungsrichter, der dem Schauspieler seine zahlreichen Ehebrüche vorhielt. Mit aufmerksamem Gesicht hörte Waldau zu. Schließlich fragte ihn der Scheidungsrichter: „Was haben Sie dazu zu sagen, Herr Waldau?“ Waldau mit nachdenklichem Gesicht: „Man sollte nicht glauben, wie sich das zusammenlappert —“

Der bekannte Theateragent Frankfurter wurde eines Tages gefragt, ob er zu dem Orden, der ihm bereits verliehen worden war, noch einen zweiten oder statt dessen den Titel eines Geheimen Kommissionsrates wünsche. Er besprach die Angelegenheit mit seiner Frau, die nach kurzer Überlegung meinte: „Weißt Du, Eugen nimm den Titel. Den Orden mußt Du abends ausziehen, aber mit dem Titel kann man schlafen gehen.“

Die Frau Eugen Frankfurters war ebenso witzig wie geizig und geldgierig. Als sie heiratete, war sie schlank und grazil, um nach kurzer Ehe kugelrund zu werden. Schuld daran trug zum großen Teil ihre eben erwähnte Geldgier, die Eugen Frankfurter zu seinem Vergnügen ausbeutete. Er wußte, daß seine Frau im Grunde ihrer Seele Confekt verabscheute. Er brachte ihr nun jeden Tag ein Pfund Confekt mit, legte ihr zehn Mark mit dem Bemerk daneben, das Geld gehöre ihr, sobald sie das Confekt verzehrt habe. Die zehn Mark wirkten Wunder — nach zwei Jahren war die schlank junge Frau rund und fett geworden.



„Ah, Herr General — würden Sie wohl so freundlich sein, mir mein Fleisch zu schneiden?“ (Judge.)



„Wir übernehmen jede Garantie, daß aus dem Füllfederhalter keine Tinte ausläuft.“
„Nun begreife ich, weshalb er nicht schreibt.“
(Humorist.)

Rundfunk

Kattowiz — Welle 408,7

Donnerstag, 12.10: Mittagskonzert 12.35: Konzert für die Jugend. 15.35: Aus Warschau. 16.10: Schallplatten. 17.45: Volkstümliches Konzert. 18.45: Verschiedene Vorträge. 20.30: Abendkonzert. 23.00: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Donnerstag, 12.35: Konzert für die Jugend. 14.30: Verschiedene Vorträge. 16.15: Schallplatten. 17.45: Nachmittagskonzert. 18.45: Verschiedenes. 20.15: Unterhaltungskonzert. 21.30: Aus Kattowiz. 23.00: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259.

11.15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11.35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamediensf.
12.35: Wetter.
12.55: Zeitzeichen.
13.35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13.50: Zweites Schallplattenkonzert.
15.20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.

Donnerstag, 4. Dezember. 9.05: Schulfunk. 15.35: Kinderstunde. 16.00: Lieder vom Rhein. 16.30: Das Buch des Tages. 16.45: Berühmte Cellisten. 17.30: Zweiter landw. Preisbericht, anschließend: Als Zeuge vor Gericht. 17.55: Gericht und Presse. 18.20: Stunde der Arbeit. 18.45: Wettervorhersage, anschließend: Heitere Abendmusik. 19.45: Wettervorhersage; anschließend: „Recht und Leben“. 20.10: Orchesterkonzert. 21.10: Aus Berlin: Urkundung: Berlin — letzte Ausgabe. 22.15: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22.35: Schlesiße Arbeitsgemeinschaft Wochenende. 22.45: Aus Köln: Letzte Stunde des Kölner Sechstagerrennens. 23.15: Aus Berlin: Tanzmusik.

Breslau Welle 325.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Bekanntmachung der Zentralbibliothek des Bundes für Arb.-Bildung Königshütte.

Die Bücherausgabe an die auswärtigen Ortsgruppen findet ab 1. Dezember d. Js. nicht mehr am 1. Sonntag im Monat, sondern nur noch wochentags vorm. in den Dienststunden von 9—13 Uhr statt.

Gleichzeitig werden alle Ortsgruppen, insbesondere Eichenau, Chropaczow und Sohrau aufgefordert, sämtliche Bücher bis zum 1. Januar 1931 abzuliefern bzw. umzutauschen.

Königshütte. Allen Vorstandsmitgliedern zur Kenntnis, daß am Mittwoch, den 3. Dezember, vor Beginn des Vortrages um 6 Uhr, eine Vorstandssitzung stattfindet zu der alle Vorstandsmitglieder zu erscheinen haben.

Königshütte. Am Mittwoch, den 3. Dezember, abends 7½ Uhr Vortrag. Als Referent erscheint Herr Lehrer Boese. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Veranstaltungskalender

Wochenplan der D. S. J. P. Kattowiz für die Zeit vom 1. bis 7. Dezember 1930.

Mittwoch: Heimabend, Lichtbildervortrag.
Donnerstag: Monatsversammlung.
Freitag: Theaterprobe.
Sonntag: Heimabend.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Mittwoch, den 3. Dezember 1930: Vortrag B. f. A.-Bildung.
Donnerstag, den 4. Dezember 1930: Singabend, Gesellschaftsspiele.
Sonnabend, den 6. Dezember 1930: Schattenpiele.
Sonntag, den 7. Dezember 1930: Morgenfeier von 10 Uhr früh.

Kattowiz. (Freie Turner.) Am Freitag, den 5. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Jenttalhotel unsere fällige Mitgliederversammlung statt. Da wir vor unserem 25. Stiftungsfest stehen, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Mit „Frei Heil!“ der Vorstand.

Königshütte. (Achtung, Volkshor!) Freitag, den 3. Dezember, gemischte Chorprobe. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Königshütte. (Freie Turner.) Donnerstag, den 4. d. Mts., abends 6 Uhr, im Volkshaus Krol. Huta, ulica 3-go Maja 6 (Restaurant Meistroj) Vorstandssitzung. Da wichtige Sachen zu beraten sind, werden die Vorstandsmitglieder gebeten pünktlich zu erscheinen.

Königshütte. (Achtung, freie Radfahrer!) Die Mitgliederversammlung des Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Solidarität“, findet am Sonntag, den 7. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Vereinszimmer (Volkshaus) statt. Interessenten sind herzlich willkommen. Frisch Au!

Siemianowiz. (Freier Sportverein.) Am Sonntag den 7. Dezember, vormittags um 10 Uhr, findet im Vereinslokal die fällige Mitgliederversammlung statt. Pünktliches und bestimmtes Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht!

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johann Kowoll, wohnhaft in Katowice, ul. Plebiscytowa 24; für den Inseratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice, Verlag und Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kosciuszki 29.

Deutsche Theatergemeinde

Hotel „Graf Reden“, Königshütte
Telefon 150.

Freitag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr:

Rheingold

Oper von R. Wagner

Sonntag, den 7. Dezember, nachm. 3½ Uhr:

Zum letzten Male! Zum letzten Male!

Veilchen vom Montmartre

Operette von Kalman

Sonntag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr:

Zum letzten Male! Zum letzten Male!

Der Zigeunerbaron

Operette von Johann Strauß

Donnerstag, den 11. Dezember, abends 8 Uhr:

Abonnement! Abonnement!

Sex appeal

Lustspiel von Lonsdale

Vorverkauf 6 Tage vor jeder Vorstellung an der Theaterkasse im Hotel „Graf Reden“ in der Zeit von 10—13 Uhr und 16½—18½ Uhr, Sonntag von 11—13 Uhr und Sonnabend von 10—13 Uhr.

Nervöse, Neurastheniker

die an Reizbarkeit, Willenschwäche, Energielosigkeit, trüber Stimmung, Lebensüberdruß, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Angst- u. Zwangszuständen, Hypochondrie, nervösen Herz- und Magenbeschwerden leiden, erhalten kostenfrei Broschüre von Dr. Gebhard & Co., Danzig, Am Leegen Tor 51

Werbet ständig neue Leser für den „Volkswille!“

Oetker's Rezepte



gelingen immer!

Man versuche:

Große Mehlklöße.

Zutaten: 250 g Mehl, ¼ Päckchen Dr. Oetker's Backpulver „Backin“, ¼ Päckchen Dr. Oetker's Milch-Eiweißpulver, Salz und Milch.

Zubereitung: Das mit dem „Backin“ und dem Milch-Eiweißpulver gesiebte und gemischte Mehl verarbeitet mit Milch zu einem festen Teig. Dann forme mit einem tiefen Eßlöffel, der vorher in kochendes Wasser eingetaucht ist, runde Klöße, die nacheinander in schwachkochendes Salzwasser gelegt werden und 20 Minuten kochen müssen. Die Klöße müssen langsam aufgehen, deshalb muß das Wasser mit den Klößen an der Seite des Herdes langsam wieder zum Kochen kommen und solange, etwa 5 Minuten, zugedeckt werden. Kocht das Wasser dann wieder, nimm den Deckel vom Topf und drehe die Klöße einigemale um. Die letzte Viertelstunde müssen sie im offenen Topf kochen.

Rezept Nr. 9.

Die schönste deutsche Seibs biographie
Carl Ludwig Schleich

Besonnte Vergangenheit

erschien soeben in ungekürzter Ausgabe mit sämtlichen Bildern der großen Ausgabe für

Złoty 6.25 in Ganzleinen

KATTOWITZER BUCHDRUCKEREI- UND
VERLAGS-SPÓLKA AKCYJNA, 3. MAJA 12

Was sagen die Ärzte
über Obermayer's Weizenmehl
zur Anwendung bei

Junber-Treife

Junber-Treife

U. a. gerühmt
denn Dr. med.
Sch. n. H.: Die
Treife hat sich
in den ange-
wandelten Fällen
ausgesprochen bewährt. Es
werden sich darüber glücklich und zu-
frieden. Zur Nachbehandlung ist Dosea-Greme besonders zu empfehlen. Sie
haben in allen Apo. Apotheken und Parfümerien.

WIR DRUCKEN

BÜCHER	KARTEN
PLAKATE	KATALOGE
KALENDER	PROSPEKTE
ZEITSCHRIFTEN	BROSCHÜREN
FLUGSCHRIFTEN	PRACHTWERKE
VISITENKARTEN	LIEBHABERWERKE
DANKKARTEN	KUNSTBLÄTTER
PROGRAMME	WERTPAPIERE
FORMULARE	BRIEFBOGEN
FESTLIEDER	ZIRKULARE
KUVERTS	DIPLOME
NOTAS	BLOCKS
SCHWARZ U. FARBIG	

SETZMASCHINENBETRIEB / ROTATIONS-DRUCK
STEREOTYP- / BUCHBINDEREI
VERLANGEN SIE VERTRETER-BESUCH

„VITA“ NAKŁAD DRUKARSKI
KATOWICE, ULICA KOŚCIUSZKI 29 · TELEFON NR 3047